

Die Schweiz ist neutral – oder nicht länger die Schweiz

von Erika Vögeli

Seit mehr als 30 Jahren versuchen gewisse Kreise, die Schweiz politisch neu auszurichten. Ohne Volksauftrag, ohne vorgängige Diskussion wird unablässig daran gewerkelt, unser Staatsverständnis umzupolen. Liest man den aussenpolitischen Bericht des Bundesrates von 1988 und vergleicht ihn mit der Politik ab Beginn der 1990er Jahre, so könnte die Diskrepanz kaum grösser sein. Noch 1988: ein klares Bekenntnis zur direktdemokratischen Schweiz und ihrer Neutralität, deren Einbindung in eine EU, deren Annäherung an die Nato oder andere internationale Organisationen nur um den Preis ihrer Selbstaufgabe möglich wäre. Seit den 1990er Jahren: eine permanente Berieselung der Schweiz mit defätistischen Vorwürfen à la «Rosinenpickerei», «mangelnder Solidarität», Verweisen auf «überholte Vorstellungen» und «Verhaftung in Mythen». Der Slogan zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft von 1991 «700 Jahre sind genug» war Programm.

Woher und wozu all das?

Vermeintlich eingesetzt hat dieses mediale und politische Trommelfeuer gegen die Schweizer Identität mit dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Ende der UdSSR und dem frohlockenden Rausch der US-amerikanischen Macht-Eliten über den «Sieg» im Kalten Krieg, das «Ende der Geschichte» und den Anbruch eines «goldenen» US-Zeitalters. George H. W. Bush verkündete eine «neue Weltordnung», man plante ein «neues amerikanisches Jahrhundert», in dem die USA die militärische Überlegenheit in allen Sphären auf dem ganzen Globus erreichen wollten.

All dies hat auch in der Schweiz seine Wirkung entfaltet. Einigen einflussreichen Exponenten in Politik, Wirtschaft und Medien scheint das auch hierzulande derart imponiert zu haben, dass man den «Anschluss an die Geschichte» auf keinen Fall verpassen wollte. Unter der Parole «den Staat neu denken», so eine Grossveranstaltung in Bern zu jener Zeit, wurde der Schweiz aus Kreisen der Verwaltung eine Reformdoktrin übergestülpt, die sich nicht an unseren Notwendigkeiten, sondern u. a. an den Vorgaben internationaler Institutionen wie der OECD und der EU ausrichtete.

«Die Neutralität der Schweiz ergab sich in der Geschichte nicht einfach aus der konformen Anwendung völkerrechtlich festgelegter Rechte und Pflichten. Sie ist mehr als eine vom Völkerrecht umschriebene Maxime der Aussenpolitik, mehr als ein 1815 von den damaligen europäischen Mächten anerkanntes Prinzip. Viel mehr: Sie ist ein mit der ganzen Entstehungsgeschichte und dem Wesen, das heisst mit allen Gegebenheiten unseres Bundesstaates organisch gewachsener Grundsatz.»

Man schrieb nun die Geschichte um, man trommelte und giftelte gegen alles Bisherige, oft allein mit dem Argument, dass Bewährtes eben keine Neuerfindung war, die Schweiz im «Reformstau» stecke – ohne zu hinterfragen, ob etwas wirklich reformbedürftig war, und dazu Erfahrung und Einsicht heranzuziehen, um die Folgen all dieser «Neuerungen» und Segnungen einer «neuen Weltordnung» auch nur im Ansatz abzuwägen.

Der Staat und alle Bereiche des dem Gemeinwohl verpflichteten – und weitgehend gut funktionierenden – *Service public* hatten wirtschaftlich rentabel und «effizient» zu werden. Unter dem Motto «Verschlankung des Staates» begann man – nicht nur in der Schweiz – den Staat zum Exekutivbüro global vernetzter Firmen (Stichwort Privatisierung des öffentlichen Sektors) umzuformen – die Verwaltung durchlief in Wirklichkeit eine Mastkur. Die Reformen erfolgten zunehmend über Verwaltungsakte und Kampagnen wie «Zukunftswerkstätten» und Ähnlichem, anstatt über die bewährten direktdemokratischen Abläufe.

Man krepelte das Gesundheitswesen um – das bis dahin als eines der besten der Welt beurteilt wurde. Man begann die Schulen zu reformieren, angeblich auf «Wirtschaft» zu trimmen, und ruinierte unsere hervorragende Volksschule zu einem Schatten ihrer selbst, so dass der Schweiz wohl demnächst die einzige Ressource, auf die sie jahrzehntlang baute, ihr solides Bildungswesen, gänzlich ausgeht, denn ein paar Superschüler vermögen nicht auszugleichen, was eine breite und gute Bildungsgrundlage für eine gesunde Volkswirtschaft und eine lebendige Demokra-

tie bedeutet. Man verscherbelte das Tafelsilber an der Börse oder mittels Übernahme amerikanischer Managementmethoden und wunderte sich, wenn ausländische Grossinvestoren wenig für die kleine Volkswirtschaft übrig hatten. Gegen den Volkswillen – zum Beispiel im Bereich der Stromversorgung – begann man auch, den *Service public* anzuzügel. Der Appetit auf zentralistische Machtanwandlungen griff in verschiedenen politischen Parteien um sich.

Nato-Annäherung und Neutralitätsdebatte

Und man begann die Schweiz Schritt um Schritt an die Nato heranzuführen und versuchte, der Schweizer Bevölkerung die Neutralität madig zu machen. Das war nicht wirklich möglich – zu deutlich sprach sich die Bevölkerung immer wieder für den Erhalt der Neutralität aus, zu sehr ist diese im Fühlen und Denken mit dem gesamten Staatsverständnis, der Existenz der Schweiz verbunden. So verlegte man sich darauf, die ganze Auflösungsstrategie als durchaus mit der Neutralität vereinbar zu verkaufen. Anstelle ehrlicher Sachdiskussion hielten PR-Methoden, psychologische Kriegsführung mit Verunglimpfung und Herabsetzung Einzug. Man schiebt die Forderung nach Solidarität vor – und kaschiert mehr schlecht als recht das Einspielen auf willfährigen Nachvollzug von Forderungen und Drohungen angesichts der anmassenden transatlantischen Attacken.

Abgesehen von größerem Geschütz verlegt sich die Diskussion auf eine pseudointellektuelle Debatte um neutralitätsrechtliche As-

pekte. In Politik und Medien kreist man vorwiegend darum, wie das völkerrechtliche Neutralitätsrecht auszulegen sei. Das ist nicht nur eine schlechte Rechtfertigung für die peinliche Unterordnung unter die Ansprüche eines Mächtigen-Welthegemons im Niedergang samt seinem Ableger in Brüssel. Vor allem lenkt eine solche Diskussion das Denken in eine völlig falsche Richtung, denn sie ignoriert den Kern, den eigentlichen Gehalt der schweizerischen Neutralität.

Schweizerische Neutralität – mehr als völkerrechtliche Rechte und Pflichten

Diese ergab sich in der Geschichte nicht einfach aus der konformen Anwendung völkerrechtlich festgelegter Rechte und Pflichten. Sie ist mehr als eine vom Völkerrecht umschriebene Maxime der Aussenpolitik, mehr als ein 1815 von den damaligen europäischen Mächten anerkanntes Prinzip. Viel mehr: Sie ist ein mit der ganzen Entstehungsgeschichte und dem Wesen, das heisst mit allen Gegebenheiten unseres Bundesstaates organisch gewachsener Grundsatz. Die Geschichte hat uns sozusagen zur Neutralität «erzogen» – denn ohne sie hätte sich der Bund der Eidgenossen nie über die Jahrhunderte erhalten können und wäre nie zu dem Bundesstaat geworden, auf dessen 175jähriges Bestehen wir in diesem Jahre zurückblicken.

Es war dabei weniger «weise Voraussicht», die unsere Vorfahren zur Neutralität veranlasste, sondern wohl eher historische Notwendigkeiten und oft genug harte Lektionen, die sie lernten. Was sie dabei – oft vermutlich eher intuitiv – leitete, war das nie aufgegebene und zeitlose, weil grundsätzlich menschliche Ziel: der Erhalt der Freiheit der kleinen Einheit, die auch in der Form des schweizerischen Bundesstaates gewahrt blieb. Hervorgegangen aus dem gewollten, vertraglich entwickelten Bund mit den übrigen Orten, wahrte die Bundesverfassung von 1848 die Gemeindefreiheit und mit dem Föderalismus die weitgehende Eigenständigkeit der Kantone. Diese verfügen über mehr Hoheitsrechte als manches Autonomiestatut anderer Länder gewährt. Und man entwickelte neben der direkten Demokratie auf

Fortsetzung auf Seite 2

«Eine grosse Chance – für die Schweiz wie für diese Welt»

«Gerade weil wir unsere Neutralität zu einer immerwährenden erklärt haben und deshalb in den fließenden Veränderlichkeiten der internationalen Verhältnisse unsere aussenpolitische Haltung nicht wechseln, sind wir vor dem Vorwurf geschützt, um des Vorteils willen unseren Mantel nach dem Winde zu hängen. Wir tragen die schweren Lasten unserer bewaffneten Neutralität ohne irgendwelche Absicht auf Ausnützung veränderter politischer Konstellation für Machtgewinn, sehr im Gegensatz zum bloss gelegentlich Neutralen oder «Nichtkriegführenden.» (Edgar Bonjour. *Die schweizerische Neutralität. Ihre geschichtliche Wurzel und gegenwärtige Funktion.* Bern 1943. S. 28)

«Die Neutralität dient also nicht bloss der Erhaltung der äusseren Existenz, sondern sie dient der Erhaltung des Wesens der Schweiz. – Doch auch für die übrige Welt kann die Schweiz mehr bedeuten, wenn sie ihrer Tradition treu bleibt, als wenn sie sie zugunsten eines anderen Prinzips aufgeben würde. Die Tatsache, dass die Schweiz mit keiner Machtpolitik belastet

ist, verschafft ihr ein internationales Ansehen, das sie als Macht niemals erlangt hätte. Dieses Ansehen hat sie von jeher im Interesse der Menschlichkeit eingesetzt. In zahlreichen Fällen, von China bis Frankreich, haben im letzten Krieg Schweizer – mit oder ohne Auftrag des Staates – zwischen feindlichen Parteien vermittelt. Nur das internationale Vertrauen und der Ruf der Unparteilichkeit, den die Schweiz geniesst, haben die Wirksamkeit des Internationalen Roten Kreuzes ermöglicht, das Unermessliche getan hat, um das Kriegselend zu lindern.» (Wolfgang von Wartburg. *Geschichte der Schweiz.* München 1951. S. 250f.)

«Nach den schrecklichen Kriegen des 20. Jahrhunderts kann kriegerische Grossmachtpolitik nur noch dort durchgesetzt werden, wo die demokratischen Kontrollmechanismen nicht existieren oder ausser Kraft gesetzt werden können. Frieden kann dort gedeihen, wo Verzicht auf Grösse und Gewalt selbstverständlich und der Staat durch direkte Volksentscheide in überschaubaren Einheiten von unten

her aufgebaut ist. Auch die Schweiz steht an einem Wendepunkt. Sie kann sich den atlantischen Grossmächten, deren Kompass weiterhin auf Krieg steht, anhängen, ihre Ursprünge verraten und dabei untergehen. Oder sie kann ihre historische Aufgabe innerhalb Europas mutig wahrnehmen, ihren Grundsatz, Recht vor Gewalt, wie er in der Neutralitätsmaxime festgelegt ist, nachleben und dadurch die beste Friedenspolitik betreiben, die heute möglich ist!» (Peter Mattmann-Allamand. «Der eigentliche Zweck der Militärgesetzrevision: Das Tabu «Neutralität» brechen»; in: *Zeit-Fragen. Sonderausgabe zur Abstimmung vom 20. Juni 2001.* April 2001. S. 6)

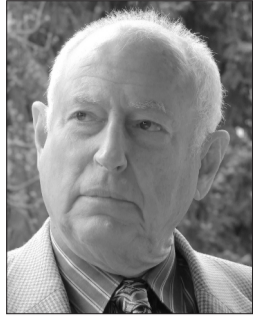
«Der Abschied vom Imperium wäre der wichtigste Lernschritt. Kein Land der Welt sollte das Recht haben, seine wirtschaftliche und politische Macht auf Kosten anderer Länder mit Gewalt auszudehnen. Recht vor Gewalt statt Gewalt vor Recht (wie die Nato heute proklamiert)! In diesem Kontext sind die Grundmaximen, denen die Eidgenossenschaft seit Jahrhunderten nachzuleben versucht, nicht veral-

tete Relikte eines egoistischen Nationalismus, sondern topmoderne und zukunfts-trächtige aussenpolitische Konzepte.» (Peter Mattmann-Allamand. «Der eigentliche Zweck der Militärgesetzrevision: Das Tabu «Neutralität» brechen»; in: *Zeit-Fragen. Sonderausgabe zur Abstimmung vom 20. Juni 2001.* April 2001. S. 6)

«Schliesslich die Neutralität: Ein Wort, in dem man alle Buchstaben des Wortes Natur wiederfindet. Die Neutralität ist unsere Natur. Sie prägt den Ton des Lebens in unserem Land. Die Schweiz liebt die Konflikte nicht. Und es ist mutig, wenn man gleichzeitig eine konstante Kraft des Friedens für die Menschheit sein kann, so wie es unsere Verfassung will. Es ist sicher nicht einfach, in einer instabilen und multipolaren Welt eine Aussenpolitik zu führen, die gleichzeitig unabhängig, spezifisch, unparteiisch ist. Aber das ist auch eine grosse Chance, für die Schweiz wie für diese Welt.» (Bundesrat *Didier Burkhalter.* «Auszug aus der Ansprache zum 1. August 2017»; zit. in: *Zeit-Fragen* vom 15.8.2017)

Anschmiegen an die Nato führt Schweiz in möglichen nächsten Krieg!

von Gotthard Frick



Gotthard Frick
(Bild zvg)

Gegenwärtig wird in unserem Land eine mehr oder weniger enge Anschmiegung an die Nato in Betracht gezogen. Aber ein wichtiger Hinweis fehlt in der Debatte: Dass wir uns damit – falls umgesetzt – den automatischen Einbezug in einen denkbaren nächsten grossen

Krieg in Europa sichern. Wollen wir das? Leider ist ein solcher zwischen den bedeutenden Mächten – anfänglich USA und als deren Anhängsel die Nato auf der einen Seite, Russland, China auf der anderen, mit möglichen Ausweitungen bis hin zu einem dritten Weltkrieg – angesichts der wieder zugenommenen Spannungen – nicht mehr unmöglich.

Wie der Verfasser bei seiner weltweiten Berufstätigkeit immer wieder erfuhr, wurde die Schweiz überall, auch von einfachen

Menschen, als neutrales Land mit einer starken, innovativen Wirtschaft und einer beeindruckenden Armee positiv wahrgenommen. Wenn er vom Taxichauffeur in Kenia, vom indischen Geschäftspartner in Bombay, einem hohen chinesischen Offizier in Beijing, einem Minister Brasiliens in Rio de Janeiro oder einem hohen Uno-Beamten in New York gefragt wurde, woher er sei, hörte er sinngemäss anfänglich im folgenden Gespräch immer die gleiche Meinung, die ein chinesischer Banknachbar zum Erstaunen der Mitreisenden in der U-Bahn Beijings (auf Englisch) laut ausgerufen hatte: «Ah, die Schweizer, das wehrhafteste und friedlichste Volk der Welt!» Das schrieben natürlich auch die Medien weltweit immer wieder mal, wenn sie Artikel über unser Land veröffentlichten, und selbstverständlich gehörte auch die Neutralität zum hellen Bild und wurde als beispielhaft gesehen. Dieses positive Bild trug auch dazu bei, dass wir nie als potentieller Partner einer Partei in einem künftigen Krieg gesehen wurden,

sondern als Vermittler und Helfer der betroffenen Menschen. Viele meinten sogar, die Schweiz sei ein Beispiel für ihre eigenen Länder.

Erst in den letzten Jahren – als Folge des Abbaus unserer Armee – hat sich diese Wahrnehmung ins Gegenteil verkehrt. So fragte ein leitendes Mitglied eines der grössten chinesischen Konzerne beim letzten freundschaftlichen Nachtessen in Beijing ganz unvermittelt, warum die Schweiz ihre Armee abgeschafft habe. Auch die internationalen Medien haben über den Abbau unserer Armee berichtet und das sehr negativ beurteilt. Hier zwei Beispiele aus sehr vielen weltweit: «Sich über die Schweiz lustig zu machen, ist derart leicht, dass es fast unsportlich ist [...]. Jede Zeitung dieser Welt hat einen hämischen Artikel über die Schweiz veröffentlicht.» (*Business Standard*, Indien, 21.2.2014, über die einst so starke Schweizer Armee, die laut dem Artikel über 26 000 Bunker verfügt habe.) «Der Ruf der Schweiz als einer uneinnehmbaren Festung erlebte diese Wochen

einen Rückschlag» (*Press of Atlantic City*, USA, 23.2.2014).

In einem Krieg in Europa wäre eine neutrale Schweiz besonders für die westlichen Mächte strategisch ausserordentlich störend. Um uns herum würden deren Armeen liegen, deren direkte Transportwege zueinander, auch im Luftraum, wir blockieren. Die Gefahr ist gross, dass wir deshalb in einem grossen Krieg von den Westmächten angegriffen werden oder diese mindestens die Neutralität unseres Luftraums missachten und diesen intensiv benützen würden. Wie übrigens die Kriegsparteien im Zweiten Weltkrieg.

Sich nicht der Nato anzuschmiegen, würde uns aber nur dann vor einem Einbezug in einen Krieg in Europa bewahren, wenn wir selber eine «kriegsverhindernde» Armee laut Art. 58 der Bundesverfassung aufrechterhalten würden, die einen Angriff auf unser Land für den Angreifer als aussichtslos oder zu verlustreich erscheinen lässt – so wie im Zweiten Weltkrieg. •

«Die Schweiz ist neutral – oder ...»

Fortsetzung von Seite 1

Gemeindeebene in Form der direkten Volksabstimmung und den Mitteln von Referendum und Initiative die direkt-demokratischen Möglichkeiten der Mitgestaltung auch auf kantonaler und auf Bundesebene.

Wille zur Freiheit als treibende Kraft

Dieses von unten nach oben *gewachsene* Staatsgebilde, das uns – in aller Bescheidenheit – ein Höchstmass an Freiheit und Mitbestimmung, an zivilisierter Austragung von Interessengegensätzen und Konflikten ermöglichte, hätte sich nicht entwickeln können ohne den sich immer wieder durchsetzenden Grundsatz der Neutralität – und diese Neutralität ist umgekehrt auch der Ausdruck einer Geschichte, in der letztlich der Wille zum Erhalt grösstmöglicher Freiheit immer wieder einen Weg fand.

So ist die schweizerische Neutralität hervorgegangen aus einer Geschichte, in der eine treibende Kraft das natürliche Grundbedürfnis aller Menschen, der Wunsch nach Freiheit und Selbstbestimmung, war – allerdings nicht in der heute aktuellen Variante eines völlig (pseudo-)unabhängigen, nach reiner Selbst-Performance strebenden Individuums, losgelöst von Verpflichtung seinen Mitmenschen gegenüber. Man war und ist als Mensch in erster Linie Mitglied einer Gemeinschaft, ohne die menschliches Leben nicht denkbar ist, und Freiheit bedeutet nicht, ohne Rücksicht auf alles und alle tun zu können, was ich gerade will, sondern meine menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten im Rahmen dieser Gemeinschaft möglichst voll zu entwickeln, sie einzubringen und an der Gestaltung des Zusammenlebens mitzuwirken, es da, wo es mich betrifft, mitzugestalten, denn das macht meine Würde, die Würde des Menschen aus.

Das genossenschaftliche Prinzip der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und Selbstverwaltung – das sich im übrigen historisch und aktuell weltweit beobachten lässt und durchaus als anthropologische Konstante bezeichnet werden könnte – ist gewissermassen die vorstaatliche Organisationsform menschlichen Zusammenlebens, die nicht der Macht, sondern allen Mitgliedern der Gemeinschaft und ihrem Leben, das heisst dem einzelnen Menschen, so wie er ist, zu dienen hat – lange vor irgendwelchen demokratischen Verfassungen. Diese Freiheit im eigenen Rahmen erhalten zu können war wesentliches Motiv des freiwilligen Bundes der Eidgenossen, der im Grunde aus zahlreichen und unterschiedlichen Bündnisverträgen bestand und sich über die Jahrhunderte ausweitete. Es waren historische Lektionen, die gelernt werden mussten: die Erfahrung, dass diese Freiheit stets gefährdet war und ihr Erhalt Kompromiss und Verzicht auf allzu einseitige Interessenpolitik verlangt.

Es musste sich ein Bewusstsein entwickeln, dass sich ein so vielgestaltiges, lockeres Gefüge, wie es die Eidgenossenschaft jahrhundertlang war, nur aufrechterhalten liess, wenn man die Selbstbestimmung der anderen Bundesgenossen respektierte: Freiheit war nur zu haben, wenn man die des anderen nicht allzu sehr übergang. Neutralität sozusagen im Innern.

Freiheit braucht das Prinzip «Recht vor Macht»

Aber man konnte die Freiheit dieses Bundes und damit die Möglichkeit der Selbstbestimmung seiner Mitglieder über diese ganze Zeit auch nur wahren, wenn man zu verhindern verstand, dass die einzelnen Bundesgenossen von den umgebenden Grossmächten vereinnahmt wurden. Der aus dem Willen zur möglichst weitgehenden Selbstbestimmung hervorgegangene lockere Bund musste sich immer gegen Anziehungsbestrebungen der umgebenden Grossmächte vorsehen. Sein Weiterbestehen hing wesentlich davon ab, seine durchaus auch vorhandenen Konflikte im Innern, so weit möglich, durch Rechtsbestimmungen, Verhandlungen, Verträge oder Schiedsgerichte zu regeln. Nicht von ungefähr war die Schiedsgerichtsbarkeit als Mechanismus der Streitbeilegung unter den Bundesgenossen und die Ablehnung fremder Gerichtsbarkeit von Anbeginn im Bundesbrief verankert – die Anerkennung des Rechtsprinzips vor Macht und Gewalt erwies sich als zwingendes Element der Selbsterhaltung. Sie auferlegte den Mitgliedern der Eidgenossenschaft Zurückhaltung bei der Austragung ihrer Interessengegensätze, wenn sie den gemeinsamen Bund zur Abwehr grossmachtpolitischer Ambitionen der Nachbarn erhalten wollten.

Damit einher entwickelte sich auch das Verbot, das es den einzelnen Ständen oder Orten, wie die heutigen Kantone damals hies, untersagte, ohne die Zustimmung aller anderen mit ausländischen Mächten zu pakieren. Das «Mischt euch nicht in fremde Händel» von *Niklaus von Flüe* war existentiell für den Zusammenhalt, denn die fremden Händel hätten durch unterschiedliche Parteinahme unweigerlich zu Zwietracht und Auseinandersetzungen im Innern geführt. Nur die Unterordnung der Aussenpolitik unter die Innenpolitik hat uns erlaubt, all die freiheitlichen Institutionen zu entwickeln und bis heute zu erhalten, die wir so schätzen.

Anders gesagt: Die «geschichtliche Erziehung» zu Kompromiss und vertraglicher Lösung von Interessenkonflikten prägte die Innenpolitik – und stellte die Aussenpolitik in den Dienst der Innenpolitik, sie machte den Staat zum Sachwalter der Freiheit des Individuums und der Gemeinschaft, in der wir leben, und setzte ihm dadurch die notwendigen Grenzen. Daraus entwickelte sich – gewissermassen als Erfahrungswert und Begleiterscheinung der erhaltenen historischen Lektionen, bis heute aber viel zu wenig durchdacht und reflektiert – eine bestimmte Einstellung zum Staat. *Wolfgang von Wartburg* nannte es eine Grundgesinnung, die er als «politischen Humanismus» beschreibt.¹ Diese Grundeinstellung verneint jeden Selbstzweck des Staates, sondern weist ihn auf die letzte Aufgabe jeder Gemeinschaftsbildung und Organisation: die Schaffung von Bedingungen zur freien Entwicklung aller darin lebenden Menschen. Machtpolitik, gar Grossmachtspolitik, Beherrschung anderer, Einmischung in deren Verhältnisse und Lebensweisen gehören definitiv nicht dazu.

Ein Ausdruck davon ist die Form der direkten Demokratie, wie sie sich in der Schweiz entwickeln konnte – die einzige Form, die unter der Voraussetzung des mündigen Bürgers eigentlich

denkbar ist. Das garantiert natürlich noch lange kein vollkommenes gesellschaftliches Zusammenleben: Dass die real existierende Form dieses Staates dem Ideal weder historisch je ganz entsprach noch aktuell völlig entspricht, liegt im Wesen menschlicher, menscheitsgeschichtlicher Entwicklung.

Neutralität schafft Freiheit für die Bürger und Solidarität

Diese «Unterordnung der Aussenpolitik unter die Innenpolitik» hat allerdings nichts mit Isolation oder Desinteresse am Schicksal der anderen zu tun. Zunächst gibt es für einen tatsächlichen Rechtsstaat, der sich an völkerrechtliche Grundsätze hält, gar keine andere Aussenpolitik. Die Wahrung des Friedens und der Freiheit der Bürger, der Schutz der eigenen Bevölkerung, die Förderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt – das und nur das gibt dem Staat seine Berechtigung. Die staatliche Neutralität hat in der Schweiz – viele haben es schon oft betont – ohnehin nichts mit Gesinnungsneutralität für die Bürger zu tun. Im Gegenteil, wie Bundesrat *Max Petitpierre* 1948, anlässlich der 100-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft formuliert: «Eine moralische Neutralität hat die Schweiz stets abgelehnt. Sie hat von jeher die Auffassung vertreten, dass es nur eine Neutralität des Staates gebe, deren Grenzen durch das Recht bestimmt werden und die sich in einer Demokratie nicht auf die Individuen erstreckt, deren persönliches Urteil unangetastet bleibt.»² Gerade die Verpflichtung des Staates auf aussenpolitische Neutralität ist es, welche ihm innenpolitisch die notwendigen Grenzen setzt gegen Machtanmassung und Willkür. Grossmachtambitionen, Anlehnung an eine Grossmacht hingegen führen früher oder später dazu, auch das Denken, die Meinungs- und Redefreiheit der Bürger im Sinne der Bestrebungen des Hegemons beeinflussen und steuern zu wollen.

Die staatliche Neutralität, die strikte Unparteilichkeit gegenüber allen Kriegführenden verlangt, engt das Fühlen und Denken seiner Bürger nicht ein – als freier Mensch kann er seine Solidarität bezeugen, mit wem er möchte. Der Schweizer Völkerrechtler *Emer de Vattel* (1714–1767), der, wie *Pirmin Meier* aufmerksam macht, «lange vor *Pictet de Rochemont* als Theoretiker der integralen Neutralität der Eidgenossenschaft hervorgetreten ist»,³ drückte diesen Zusammenhang so aus: «Ich bin in einem Lande geboren, dessen Seele, Reichtum und Grundgesetz die Freiheit ist. Ich kann durch meine Geburt der Freund aller Nationen sein.»⁴

Echte Solidarität erfordert diese Freiheit. Unterordnung unter eine Grossmacht, eine Eingliederung in einen Militärblock würden sie zwangsläufig ab. Es war die Neutralität, welche die kleine Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu einer «diplomatischen Grossmacht» hat werden lassen⁵ – das Vertrauen in die unbedingte integrale und bewaffnete Neutralität, die es den Schweizer Diplomaten und den Vertretern des IKRK ermöglicht haben, diskret, aber für unzählige Menschen in vielen verschiedenen, untereinander verfeindeten Ländern wirkungsvoll humanitär zu wirken. Solche Einsätze sind echte Friedenspolitik: auch wenn sie den Krieg nicht

zu beeinflussen vermögen, hinterlassen sie Spuren der Menschlichkeit, die über den Krieg hinausweisen, indem sie allen, die sie erleben, die bessere Seite des Menschseins in Erinnerung rufen, das, was den Menschen wirklich zum Menschen macht.

Anstatt die Schweiz und ihre Neutralität kleinzureden und defätistisch zu verunglimpfen, täten wir besser daran, sie wieder neu zu durchdenken – auf ihren Gehalt und ihr Potential für eine humanere, friedlichere Welt.

Ohne Neutralität keine direkte Demokratie

Vor allem aber müssen wir uns darüber klarwerden, dass die Schweiz als direktdemokratisches Land, in dem wir vergleichsweise ein Höchstmass an politischen Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten verwirklicht haben, ohne Neutralität so nicht weiterbestehen kann. Die Preisgabe der eigenen Identität – und das wäre die Aufgabe der Neutralität, wenn wir sie im Lichte der ganzen Entwicklung von den Anfängen bis heute ins Auge fassen – würde das Ende der bisherigen Schweiz bedeuten. Natürlich könnte sie dem Namen nach als Territorialgebiet oder Verwaltungseinheit einer EU oder als deutsche, französische oder italienische Regionen, als Teil eines Machtblocks weiterexistieren.⁶ Aber als historisch von unten nach oben gewachsenes und über Jahrhunderte als Abwehr gegen Grossmachtallüren sich behauptendes eigenständiges Modell ist sie ohne ihre Neutralität nicht denkbar. Die Neutralität ist ein zentrales Element, das dem schweizerischen Staatsaufbau jenes «Mass des Menschlichen» ermöglichte, mit dem er in seiner föderalistischen, von unten nach oben subsidiär funktionierenden direkten Demokratie unter den bisherigen Formen staatlicher Organisation der menschlichen Natur am ehesten gerecht wird. Dieses Modell «als unablässigen Stachel gegen geldgierige Grossmachtspolitik zu erhalten»⁷ wäre echte Solidarität mit den geschundenen Völkern dieser Welt und sinnvollster Beitrag zum Frieden. •

¹ von Wartburg, Wolfgang. *Geschichte der Schweiz*. S. 247

² Bundesrat Max Petitpierre. Betrachtungen über die Neutralität. In: *Schweizerische Demokratie 1848–1948. Hundert Jahre Schweizer Bundesstaat*. S. 168f. (Hervorhebung im Original)

³ Meier, Pirmin. «Ein Plädoyer für Schweizer Philosophen». In: Hirt, Walter; Nef, Robert; Ritter, Richard C. *Eigenständig. Die Schweiz – ein Sonderfall*. Zürich 2002. S. 308

⁴ zit. nach Meier, Pirmin. A.a.O. S. 308. (Zu den völkerrechtlichen Überlegungen *de Vattels* siehe: *Le droit des gens ou principes de la loi naturelle*. 1758. Deutsche Übersetzung: Walter Schätzel. (Hrsg.) In: *Die Klassiker des Völkerrechts. Band III. Emer de Vattel. Das Völkerrecht oder Grundsätze des Naturrechts*. Tübingen 1959)

⁵ Rings, Werner. *Advokaten des Feindes. Das Abenteuer der politischen Neutralität*. Wien und Düsseldorf 1966. S. 9

⁶ vgl. Mattmann-Allamand, Peter. «Der eigentliche Zweck der Militärgesetzrevision: Das Tabu «Neutralität» brechen». In: *Zeit-Fragen. Sonderausgabe zur Abstimmung vom 20. Juni 2001*. April 2001. S. 5

⁷ Vögeli, Erika. «Friedenspolitik – welche Aufgabe hat die Schweiz?». In: *Zeit-Fragen. Sonderausgabe zur Abstimmung vom 20. Juni 2001*. April 2001. S. 3

Unsere Neutralität wird verletzt!

Protest gegen Videopropaganda Selenskis im Parlament

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die Büros des National- und des Ständerates haben ein Gesuch der Ukraine gutgeheissen, während der Sommersession einen Videoauftritt von Präsident Selenski im Schweizer Parlament auszustrahlen. Diese Einladung einer Kriegspartei ist ein krasser Verstoß gegen die Neutralität, um so mehr, als in dieser Session ein weiterer Entscheid über die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen auf das ukrainische Schlachtfeld ansteht.

Was für ein Verbrechen, das ausblutende ukrainische Volk mit immer noch mehr Tonnen und Abertonnen von Waffen zu überschütten! Die neutrale Schweiz darf sich daran nicht beteiligen. Unsere Volksvertreter sollten sich hüten, unser Land noch tiefer in den Strudel hineinzutreiben, in den uns Washington, London und Brüssel hineinziehen wollen. Besinnen wir uns auf die schweizerischen Werte zurück, die mit der Neutralitätsmaxime verbunden sind: Humanitäre Hilfe, Gute Dienste, unbedingte menschliche und finanzielle Unterstützung des in der Schweiz verankerten IKRK. Damit es den leidenden Menschen auf beiden Seiten der Front in allen Kriegen dieser Welt seine unverzichtbare Hilfe leisten kann, ist das Rote Kreuz auf den Schutz durch die Schweizer Neutralität angewiesen.

Einspruch gegen neutralitätswidrigen Akt des Parlaments

Aus der Medienmitteilung der Büros von National- und Ständerat vom 5. Mai 2023: «Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski wird sich während der Sommersession in einer Videobotschaft an das Schweizer Parlament wenden. Die Büros von National- und Stän-

derat haben ein entsprechendes Gesuch der Ukraine gutgeheissen.»¹

Gegen diesen neutralitätswidrigen Akt wandte sich Nationalrat Thomas Aeschi, der als Fraktionspräsident der SVP auch Mitglied des Büros ist. Er veröffentlichte seinen Protest in einem Tweet: «Ich lehne es ab, dass der ukrainische Präsident im Nationalratssaal eine Videoansprache hält (diesen Antrag habe ich im Büro gestellt). Die Ukraine versucht, direkt Einfluss auf den parlamentarischen Entscheid betreffend Waffen-/Munitionslieferungen zu nehmen. Unsere Neutralität wird verletzt!» (Thomas Aeschi@thomas_aeschi) Nationalrat Aeschi ist Mitglied des Initiativkomitees der «Neutralitätsinitiative», für die in der Schweiz zurzeit Unterschriften gesammelt wird.

Die russische Nachrichtenagentur TASS griff den Parlamentsentscheid und den Einspruch von Nationalrat Thomas Aeschi am 6. Mai unter dem Titel «Selenskis Rede im Schweizer Parlament verletzt die Neutralität des Landes» auf. Gut, dass die russischen Fernsehzuschauer erfahren, dass nicht alle Schweizer vom Pfad der Neutralität abweichen wollen.

«Wir verlieren die letzten brüchigen Reste unserer bereits mit Füßen getretenen Neutralität»

Ein weiteres Mitglied des Initiativkomitees, das gegen den Büro-Entscheid protestierte, ist Stefan Millius, Journalist und Autor aus Appenzell. Auf seinem Blog schreibt er: «[...] es widerspricht allem, was der Schweiz heilig sein müsste. Ein Videocall des ukrainischen Präsidenten Selenski direkt in den Saal des Nationalrats ist ein absolutes Unding. Und

Parlamentarier, die das zulassen oder dem zuschauen, sind fehl am Platz.»

Millius fährt fort: «Wir alle finden Krieg fürchterlich. Wir alle wollen, dass es aufhört. [...] Aber hier geht es nicht um Russland oder die Ukraine. Hier geht es um die Schweiz. Um ihre Werte, um ihre Position. Wenn man die Ansprache eines Präsidenten eines Landes, das Kriegspartei ist – unter welchen Voraussetzungen auch immer – im Bundeshaus vor unseren Parlamentariern ausstrahlt, werden auch wir zur Kriegspartei. Wir verlieren die letzten brüchigen Reste unserer bereits mit Füßen getretenen Neutralität. So einfach ist es. Es ist kinderleicht zu verstehen.»²

SiK des Ständerates will der Schweizer Neutralität den Rest geben

Derweil bereitet die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) das Terrain, um unsere Neutralität endgültig preiszugeben. In ihrer Sitzung vom 11. Mai hat sie mehrheitlich den abenteuerlichsten Varianten von Gesetzesänderungen zugestimmt. Zusammengefasst beantragt die Kommission mit mehreren Vorstößen, dass der Ständerat in der kommenden Sommersession (ab 30. Mai) die Weitergabe von in der Schweiz gekauften Waffen durch Nato-Mitgliedsstaaten durchwinken soll.³ Allesamt neutralitätswidrig! Zudem verstossen einige eklatant gegen rechtsstaatliche Grundsätze (Rückwirkungsverbot⁴) oder schreiben ganz einfach die Uno-Charta um: Mit einem Zweidrittelmehr der UN-Generalversammlung soll laut SiK-S ein Veto im Sicherheitsrat überstimmt werden können. Besonders stossend ist, dass die Kommission die Resolution des UN-Menschenrechtsrates vom 3. April 2023 ganz

einfach übergeht. Diese fordert mit 33 gegen 13 Stimmen bei einer Enthaltung die Aufhebung der völkerrechtswidrigen einseitigen Zwangsmassnahmen, also aller Sanktionen ohne UN-Sicherheitsratsbeschluss.⁵

Mit ihren rechts- und neutralitätswidrigen Entwürfen treibt die Kommission den Kotau vor Washington und Brüssel auf die Spitze. Schon klar: Der Kleinstaat Schweiz ist in einer schwierigen Lage, wenn die Hyänen von allen Seiten die Zähne blecken, um die «regelbasierte Ordnung» des Hegemon vor dem Untergang zu retten. Noch viel brenzlicher war die Lage unserer Vorfahren im Zweiten Weltkrieg, aber die waren entschlossen, die Neutralität, so gut es eben möglich war, hinüberzuretten. Und haben das auch getan. Auch heute ist das Schweizervolk gefordert: Wir müssen «a d'Säck» (an die Arbeit)! •

¹ Die Büros des Nationalrates beziehungsweise des Ständerates bestehen aus dem Präsidium, den Stimmzählern und Vertretern der Parteien (Fraktionen) des jeweiligen Rates. Sie sind zuständig für die Organisation der Parlamentsarbeit und erstellen das Sessionsprogramm.

² <https://stefanmillius.ch/warum-selenski-in-unserem-parlament-nichts-verloren-hat/>

³ Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S). Point de Presse vom 11.5.2023

⁴ «Nichtwiederausfuhr-Erklärungen gelten als aufgehoben, wenn sie mehr als fünf Jahre vor dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung durch Länder des Anhangs 2 [EU-Nato-Staaten plus Zugewandte] der Kriegsmaterialverordnung unterzeichnet worden sind und die obenstehenden Bedingungen erfüllen.» (Hervorhebung mw)

⁵ siehe dazu Zeit-Fragen vom 2.5.2023 (<https://www.zeit-fragen.ch/archiv/2023/nr-9/19-2-mai-2023/unmenschenrechtsrat-fordert-abschaffung-einseitiger-sanktionen>)

«Ein neutrales Land darf keine Kriegspartei besserstellen»

Interview mit Nationalrat Thomas Aeschi (SVP ZG)



Thomas Aeschi
(Bild zvg)

Zeit-Fragen: Die Parlamentsbüros haben auf Anfrage der Ukraine beschlossen, dass Präsident Selenski per Video im Parlament sprechen kann. Dürfen die Büros denn überhaupt Leute einladen, die das Parlament einseitig beeinflussen?

Thomas Aeschi: Was Selenski sagen wird, ist ein anderes Thema, das wissen wir noch nicht. In den letzten 50 Jahren kam es 16mal vor, dass ausländische Staatsgäste oder andere Gastredner vor der Vereinigten Bundesversammlung gesprochen haben. Es gibt zwei Kategorien: die eine während einer Sitzung des Parlaments, die andere ausserhalb der formellen Sitzung. Das Büro hat beschlossen, dass Präsident Selenski ausserhalb der formellen Sitzung sprechen wird, zum Beispiel während einer Mittagspause oder abends, nach dem Sitzungsende um 19 Uhr. Die Teilnahme der National- und Ständeräte

«Die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität hat die Schweiz in der Vergangenheit vor Krieg und grossem Leid beschützt.»

ist also freiwillig. Ich habe mich gegen diese Videoansprache von Präsident Selenski vor dem Schweizer Parlament gewehrt, aber die Mehrheit war der Meinung, eine solche Anfrage von Selenski könne man nicht ablehnen.

Er wird ja sicher etwas sagen zu den Waffenlieferungen.

Ich bin mir sicher, dass er etwas dazu sagen wird. In der Sommersession ist das Thema «Indirekte Waffen- und Munitionslieferung an die Ukraine» traktandiert. Aus staatspolitischer Sicht ist es höchst problematisch, dass wir gleichzeitig Präsident Selenski einladen, da er das Parlament direkt zu beeinflussen versuchen wird.

Sie haben den Antrag auf Ablehnung gestellt und dazu geschrieben: Unsere Neutralität wird verletzt! Wie begründen Sie das?

Es herrscht Krieg zwischen Russland und der Ukraine, und das Neutralitätsrecht legt fest, dass ein neutrales Land keine Kriegspartei besserstellen darf. Mit Waffen- und Munitionslieferungen, auch wenn sie indirekt sind [über Drittländer, welche die Rüstungsgüter in der Schweiz gekauft haben], gewährt man einem der beiden Kriegsstaaten einen Vorteil. Das gleiche Argument gilt, wenn man einen der beiden kriegführenden Staaten einlädt, um vor der Bundesversammlung seine Position und seine Anliegen an die Schweiz darzulegen. Die Mehrheit der Vertreter in den Büros der Räte sieht dies jedoch anders: Die Neutralität werde durch eine solche Ansprache nicht verletzt. Persönlich erachte ich aber schon die Symbolik des gemeinsamen Auftritts mit Aussenminister Cassis vom März 2022 oder nun die Ansprache im Schweizer Parlament als problematisch.

Wenn der Text der Neutralitätsinitiative dann einmal in der Bundesverfassung steht, haben wir dann die Mittel gegen solche Einseitigkeiten?

Ja, bei einer Annahme der Neutralitätsinitiative dürfen Bundesrat und Parlament bei einer zukünftigen kriegerischen Auseinandersetzung die Neutralität nicht wieder so fahrlässig aufgeben, wie dies heute geschieht.

Was sagen Sie einem Bürger, einer Bürgerin, warum sie die Neutralitätsinitiative unterschreiben sollen?

Die immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität hat die Schweiz in der Vergangenheit vor Krieg und grossem Leid beschützt. An dieser gilt es um jeden Preis festzuhalten – zum Schutze der Schweizerinnen und Schweizer und der territorialen Integrität der Eidgenossenschaft!

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Nationalrat Aeschi. •

LESER BRIEF

Anpassung oder Widerstand – ein Buch von Alice Meyer

Es ist mir ein Anliegen, im Anschluss an die Artikel von Gotthard Frick auf das Buch von Alice Meyer, «Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus», hinzuweisen. Zeit-Fragen hat bereits 2013 eine Besprechung dieses ausserordentlich lesenswerten Buches abgedruckt.

Die Schweiz ist ja seit langem Angriffen auf ihre Souveränität, auf die Neutralität, auf ihre bewährten Werte ausgesetzt, so dass ein Blick in die Geschichte interessant ist. Beim Lesen des Buches findet man auf Schritt und Tritt Parallelen.

Bevor das nationalsozialistische Deutschland die Schweiz militärisch bedrohte, schreibt Alice Meyer, wurde sie seit 1933 vor allem auch geistig-politisch bedroht, gezielt durch die «erweiterte Strategie», was man heute Propaganda oder Manipulation nennt. Vieles, was Alice Meyer aus damaliger Zeit genau beschreibt, kommt dem heutigen Leser sehr bekannt vor: Die Gleichschaltung der Presse war eine der ersten Massnahmen des nationalsozialistischen

Regimes. Sofort nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurden die deutschen Zeitungen der Kontrolle des Propagandaministeriums unterstellt.

Die Schweizer liessen sich damals aber die objektive, freie Berichterstattung für die selbständige Meinungsbildung in der Demokratie nicht nehmen. Es ist spannend zu lesen, wie uns dank der Klugheit von Nationalrat Feldmann und anderen 1937 ein Presseabkommen mit Deutschland erspart geblieben ist. Die Frage aber bleibt, weshalb sich die Schweizer Presse heute freiwillig dazu hergibt, einen «Einheitsbrei» zu schreiben.

Ein Beispiel aus der Parteienlandschaft: Am 31. Januar 1937 – so lesen wir – bekräftigte die SP für den Kriegsfall das Bekenntnis zur schweizerischen Demokratie, zur Neutralität und zum unbedingten Willen zur Verteidigung. «Aus der Einsicht, dass ihr Schicksal mit der Schweiz unlösbar verbunden war, stellte sie in gefahrvoller Zeit das Gesamtinteresse des Landes über ihre Parteiinteressen.» So machte die SP einen Schritt zur Ko-

operation, was den Freisinnigen wiederum den Schritt zur Zusammenarbeit möglich machte. Und dieser wichtige politische Schritt zur Versöhnung schuf im Sommer 1937 auch die Voraussetzung für das Friedensabkommen zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften. Am Beispiel Österreichs zeigt Alice Meyer, dass das Nichtzustandekommen einer Verständigung Hitlers Plänen Tür und Tor öffnete. Am 21. März kam es dann in der Bundesversammlung zu einer «noch nie dagewesenen Kundgebung nationaler Geschlossenheit». Wie gern hätten wir heute geeinte Parteien, die den Ernst der Lage erkennen und das Gesamtinteresse des Landes an erste Stelle stellen!

Ein interessantes Beispiel zum Thema Sanktionen: Schon damals wurde die Schweiz gedrängt, fremde Sanktionen mitzutragen. Das widerspricht schweizerischer Neutralität. Am 29. April 1938 überreichte Bundesrat Motta dem Völkerbund ein Memorandum, in dem er darauf hinwies, dass «die Bedingungen, unter denen die Schweiz in den Völkerbund

eintrat, sich gründlich verändert» hätten, und er ersuchte den Rat, «getragen von der wichtigen Entschlossenheit der eidgenössischen Räte und des Volkes, die überlieferte umfassende Neutralität mit den Bestimmungen des Völkerbundsabkommens vereinbar zu erklären». In seiner Resolution vom 14. Mai erklärte sich dann der Völkerbund bereit, die Schweiz auf Grund der immerwährenden Neutralität nicht mehr zur Mitwirkung an Sanktionen einzuladen.

Was damals möglich war, kann heute in ähnlicher Weise wieder geschehen. Wir haben «geistige Landesverteidigung» nötig! Es ist sehr spannend, was in den dreissiger und vierziger Jahren alles geleistet wurde! Vieles, was uns heute selbstverständlich ist – Büchergilden, Volkshochschulen, Frauenbildung u.a.m. – ist damals zur Stärkung des Wehrwillens entstanden. Es ist wichtig, dass wir diese Schätze dankbar erhalten und pflegen.

Ursula Richner, Sirmach

Nichts ist gut – die Banken- und Schuldenkrise schwelt weiter

von Christian Kreiß*



Christian Kreiß
(Bild zvg)

Am 1. Mai wurde bekanntgegeben, dass die First Republic Bank von der US-Aufsichtsbehörde FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation) übernommen und sofort an die grösste US-Bank JPMorgan verkauft wurde.¹ JPMorgan wird alle Aktiva und die 84 Filialen übernehmen. Die US-Aufsichtsbehörde FDIC rechnet damit, dass sie Verluste von etwa 13 Milliarden US-Dollar übernehmen müssen. Die Pleite der First Republic Bank ist die von der Bilanzsumme her gesehen zweitgrösste Bankeninsolvenz der US-Geschichte. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, wie es nun mit dem Bankensektor weitergeht.

Das «Wall Street Journal» beschäftigte sich seit den ersten Bankruhen im März, als die Signature Bank und die Silicon Valley Bank in Insolvenz gingen, intensiv mit der Bankenfrage und sprach von einer «Bankenkrise in Zeitlupe». Am 27. April 2023, kurz vor der Schliessung der First Republic Bank, erschien dort ein Artikel mit dem Titel: «Die Bank-Unruhen sind nur die Spitze des Schulden-Eisbergs». Die Bankaktien innerhalb des [Aktienindex] S&P 1500 wurden Mitte April 2023 so niedrig bewertet wie fast noch nie in diesem Jahrhundert. Das KGV [Kurs-Gewinn-Verhältnis] betrug lediglich 8.⁴ Auch in Europa ist die Bankenkrise alles andere als vorbei.

Woher kommen die Bankenprobleme?

Kern der jüngsten Bankprobleme ist, dass die westlichen Notenbanken in den letzten 15 Jahren die Notenbankgeldmenge dramatisch ausgeweitet und die Zinsen lange Zeit nahe Null gehalten haben. Angesichts der Geldschwemme, insbesondere während der Lockdown-Zeit, haben daraufhin die Banken in den USA, aber auch in Europa viele langfristige Kredite mit sehr niedriger Verzinsung herausgegeben und, da sie nicht alle Einlagegelder in Form von Krediten unterbringen konnten, viele langlaufende Anleihen mit sehr niedriger Verzinsung gekauft.

Weil sowohl die kurz- wie die langfristigen Zinsen seit Anfang 2022, ausgelöst durch die Inflation und die anschliessenden starken Zinserhöhungen der US-amerikanischen Zentralbank⁵, sprunghaft angestiegen sind – um etwa 3 Prozentpunkte –, haben die Banken nun ein Ertragsproblem: Sie müssen sich jetzt zu stark gestiegenen Einlagezinsen refinanzieren, müssen also an ihre Einleger relativ hohe Zinsen zahlen und haben daher einen stark gestiegenen Zinsaufwand. Sie bekommen aber von ihren Kreditnehmern bzw. ihren Anleihebeständen aus den langfristigen Geldanlagen weiterhin nur relativ niedrige Zinserträge.

Es wird noch Jahre dauern, bis sich diese Ertragsklemme der Banken langsam abbaut, indem die niedrigverzinslichen langfristigen Kredite allmählich auslaufen und die Anleihen fällig werden. Nach Meinung des «Wall Street Journal» dürfte die Ertragsklemme noch jahrelang anhalten.⁶ Daher die derzeit säkular niedrige Bewertung der US-Bankaktien.

Dazu kommt, dass insbesondere die hohen Kredite an Gewerbeimmobilien in den USA –

«Seit Jahrzehnten nimmt die Ungleichverteilung in der westlichen Welt zu. Über Lobbyarbeit nehmen die grossen Konzerne und die Milliardäre immer stärkeren Einfluss auf die Politik, insbesondere über die wenigen grossen Medienkonzerne. Die Milliardäre und Konzernlenker sind nie in irgendeiner politischen Wahl von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählt worden.»

etwa 5400 Milliarden US-Dollar oder ungefähr ein Fünftel des US-Sozialprodukts – momentan für die Banken problematisch sind, da viele Gewerbeimmobilien mit hohen Leerstandsquoten und verfallenden Immobilienpreisen kämpfen.⁷ Angesichts der erwarteten Konjunkturschwäche im Laufe des Jahres 2023 dürften einige Kreditausfälle auf die Banken zukommen,⁸ sowohl in den USA wie in Europa.

Was sind die Folgen?

Kurz: Die Bankenkrise ist nach Meinung des «Wall Street Journals» alles andere als vorbei. Schwache Banken führen zu schwacher Kreditvergabe. Schwache Kreditvergabe führt zu schwachem Wirtschaftswachstum.

Aber nicht nur diese allgemeine Entwicklung ist unerfreulich. Besonders interessant ist, dass es grosse und kleine Banken in ganz unterschiedlichem Ausmass trifft und weiter treffen dürfte. Die Bankturbulenzen im März 2023 haben dazu geführt, dass viele Anleger verunsichert sind, ob sie ihre Einlagen von kleineren Banken im Falle von Kreditausfällen in voller Höhe zurückbekommen. Daher hat in den letzten Wochen in den USA eine starke Kapitalflucht von kleinen zu grossen Banken eingesetzt: Regionalbanken verloren im letzten Monat 212 Milliarden US-Dollar Einlagen, während die 25 grössten Banken 18 Milliarden dazugewannen.⁹ Nach dem Motto «too big to fail» gehen viele Anleger davon aus, dass ihre Anlagen bei den Grossbanken im Gegensatz zu kleineren Kreditinstituten sicherer sind. Denn Grossbanken dürften von der Regierung, so die Vermutung, auf jeden Fall gerettet werden. Nicht jedoch unbedingt kleine und mittelgrosse Banken, die nicht als systemrelevant gelten, das heisst, die man insolvent gehen lassen kann, ohne dass sie einen Dominoeffekt auslösen und die Finanzmärkte abstürzen.

Das führt dazu, dass kleine und mittlere Banken in den USA derzeit – im Gegensatz zu den Grossbanken – unter Druck kommen. Sie müssen deutlich höhere Einlage-Zinsen bieten als die Grossbanken, um Kunden zu halten, und müssen daher auch ihre Kreditzinsen deutlich erhöhen. Das bewirkt starke Wettbewerbsnachteile gegenüber den Grossbanken. Was bedeutet das für ein Land?

Die grossen Vorteile von kleinen Regionalbanken

Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass grosse, überregionale Banken sehr viel weniger verantwortungsvoll handeln als kleine oder mittelgrosse, regional verwurzelte Banken. Vor 2008 wurden vor allem in den USA Immobilienkredite eingegangen, von denen die Banker teilweise genau wussten, dass sie kaum zurückzahlbar waren. Diese Problemkredite wurden in Wertpapiere umgewandelt (sogenannte *Asset Backed Securities*) und über die Börsen an weit entfernte Anleger verkauft, insbesondere in Europa, die dann den Schwarzen Peter bzw. die Kreditausfälle zu tragen hatten. Auf diese Weise ist die US-Immobilienkrise direkt nach Europa exportiert worden. Die jahrelangen Gewinne landeten bis 2008 bei den US-Investmentbanken und Kreditanbahnern, die lukrative Provisionen verdienten. Die Risiken und später die Verluste wurden zum guten Teil ins Ausland abgeschoben.

Ein solch verantwortungsloses Verhalten können sich kleine Regionalbanken, wie zum Beispiel Raiffeisenbanken oder Sparkassen, die vor Ort stark verwurzelt sind und die ihre Kunden sowohl im Einlagen- wie im Kreditgeschäft persönlich kennen, nicht leisten. Man konnte aus der Finanzkrise lernen: Je weiter die Banker vom Kunden entfernt sind, desto verantwortungsloser ist das Bankverhalten. Umgekehrt gilt: Je stärker regional verwurzelt eine Bank ist, desto verantwortungsvoller han-

delt sie in der Regel. Unter Ethikgesichtspunkten sind kleinere Regionalbanken ein wahrer Lichtblick.

Dazu kommt: Regionalbanken sind besonders wichtig für die regionale Wirtschaft. US-Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten bekommen 70 Prozent ihrer Kredite von kleinen und mittelgrossen Banken.¹⁰ In ländlichen Regionen sind es gar 90 Prozent. Wenn die kleinen Regionalbanken Probleme bekommen, bekommt auch die regionale Wirtschaft Probleme. Und genau das zeichnet sich momentan in den USA ab.¹¹

Die derzeit in Zeitlupe ablaufende Bankenkrise bedeutet eine systematisch und nach Meinung des «Wall Street Journals»¹² längere Zeit anhaltende Verlagerung von Geldern: weg von kleinen und mittleren Regionalbanken hin zu den grossen Banken, Fonds und Unternehmen.

Zunehmende Konzentration im Bankwesen

Die zunehmende Konzentration im US-Bankwesen besteht schon seit mehreren Jahrzehnten:¹³ 1983 gab es in den USA mit 14 469 die höchste Zahl an selbständigen Banken. 2022 waren es noch 4135. Das ist eine Schrumpfung um 71 Prozent in den letzten 40 Jahren. Die Anzahl an Bankfilialen betrug in den USA 2009, dem Höchststand, 85 834. 2022 waren es noch 71 190. Das entspricht einem Rückgang um 17 Prozent in den letzten 13 Jahren. Nimmt man die Anzahl der selbständigen Bankinstitute und die Zahl der Filialen zusammen, ergibt sich also ein starker Konzentrationsprozess in den letzten Jahrzehnten. Das führt laut «Wall Street Journal» zu einer Schwächung von kleinen und mittelständischen Unternehmen – zu Gunsten der Grossbanken und der grossen Kapitalien.¹⁴

Die gleichen Trends wirken auch in Europa. In der EU ist die Zahl der Banken allein im Zuge der Finanzkrise von 2008 bis 2016 um 23 Prozent auf 6596 Banken zurückgegangen.¹⁵

In Deutschland gab es laut dem jüngsten Bankstellenbericht der Deutschen Bundesbank¹⁶ 1991 noch über 4700 selbständige Kreditinstitute, 2021 waren es nur noch 1519. Das entspricht einem Rückgang um über zwei Drittel, das heisst, zwei von drei Banken haben in den letzten 20 Jahren bei uns dichtgemacht. Die Zahl der Zweigstellen betrug 2021 21 712, 1991 waren es noch 54 089 gewesen. Das entspricht laut Bundesbank einem Rückgang «auf nur noch zwei Fünftel». Auch in Deutschland sieht man eine extreme Konzentrationsentwicklung im Bankwesen.

Was steckt dahinter?

Dieser Trend im Bankwesen spiegelt gut die Entwicklungen der letzten 40 bis 50 Jahre,¹⁸ in denen in Industrieländern eine zunehmende Konzentration von Vermögen, Kapital und Macht bei immer grösseren Konzernen und den hinter ihnen stehenden Multimilliardären¹⁹ stattfand. In den USA wurde 2021 die höchste Vermögenskonzentration der US-Geschichte ausgewiesen: 0,01 Prozent der Bevölkerung gehörten 2021 10 Prozent aller US-Vermögen. Das ist eine noch höhere Konzentration als selbst im Jahr 1913, zu Zeiten von Rockefeller und JPMorgan.²⁰ Die Bankenkrise von März 2023 ist eine Art Verstärker dieses seit langem zu beobachtenden Trends zu weniger und weniger Wettbewerb²¹ und mehr und mehr Machtkonzentration.

Seit Jahrzehnten nimmt die Ungleichverteilung in der westlichen Welt zu.²² Über Lobbyarbeit nehmen die grossen Konzerne und die Milliardäre immer stärkeren Einfluss auf die Politik,²³ insbesondere über die wenigen grossen Medienkonzerne. Die Milliardäre und Konzernlenker sind nie in irgendeiner politischen Wahl von den Bürgerinnen und Bürgern demokratisch gewählt worden.

Machtkonzentration, Machtmissbrauch und Gegenmassnahmen

Wir sehen seit Jahrzehnten eine zunehmende Machtkonzentration, eine immer stärkere Bündelung von ökonomischer Macht bei relativ wenigen Menschen, die nie demokratisch gewählt wurden, eine ökonomische Macht, die sich zunehmend in politische Macht übersetzt. Unsere Demokratie wird dadurch meiner Einschätzung nach immer mehr ausgehöhlt. Wenn wir nicht aufpassen, könnten wir bald in einer Oligarchie oder Aristokratie aufwachen. Wir können uns dessen bewusst werden und es ändern:

Eine erste einfache Gegenmassnahme wäre eine progressive Bodenabgabe nach einem Freibetrag von vielleicht zwei Millionen Euro pro Kopf, um langfristig privaten Grossgrundbesitz abzuschaffen, für den es weder eine ökonomische noch eine ethische Legitimation gibt. Das würde unter anderem zu einem Bau-Boom führen und könnte für eine massive Steuersenkung für Geringverdiener genutzt werden. Zweitens könnte man Industrielobbyisten aus dem Bundestag verbannen, Stichwort Bannmeile um den Bundestag. Drittens könnten wir für eine plurale, dezentrale, freie und unabhängige Medienlandschaft sorgen, unter anderem durch eine progressive, grössenabhängige Steuer auf Medienkonzerne, um langfristig deren Grösse und Einflussnahme zu limitieren und nach dem Motto «small is beautiful» Meinungsmacht zu begrenzen. Weitere Massnahmen finden sich in meinem Buch «Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft», das man kostenlos komplett heruntergeladen kann.²⁴

¹ [nytimes.com/2023/05/01/business/first-republic-bank-jpmorgan.html?campaign_id=190&emc=edit_ufr_20230501&instance_id=91475&nl=from-the-times®i_id=106400176&segment_id=131795&te=1&user_id=2d4af86ab3b9023648e49aa38e005d93](https://www.nytimes.com/2023/05/01/business/first-republic-bank-jpmorgan.html?campaign_id=190&emc=edit_ufr_20230501&instance_id=91475&nl=from-the-times®i_id=106400176&segment_id=131795&te=1&user_id=2d4af86ab3b9023648e49aa38e005d93)

² *Wall Street Journal* vom 30.3.2023: «Threat of a Slow-Boil Bank Crisis Endures»

³ *Wall Street Journal* vom 27.4.2023: «Banking Turmoil Is Tip of Debt Iceberg»

⁴ *Wall Street Journal* vom 13.4.2023: «For Regional Banks, Surviving Won't Be the Same as Thriving»

⁵ Der US-Zinserhöhungszyklus der FED startete am 16.3.2022; tradingeconomics.com/united-states/interest-rate

⁶ *Wall Street Journal* vom 13.4.2023: «For Regional Banks, Surviving Won't Be the Same as Thriving»

⁷ *Wall Street Journal* vom 7.4.2023: «Office Vacancies, High Rates Press Property Bonds»

⁸ *Wall Street Journal* vom 14.4.2023: «Junk-Rated Companies Struggle With Debt» und 27.4.2023: «Banking Turmoil Is Tip of Debt Iceberg»

⁹ *Wall Street Journal* vom 17.4.2023: «Banks Are Pressured To Raise Rates on Deposits»

¹⁰ *Wall Street Journal* vom 24.4.23: «Lending Squeeze Is Risk From Bank Fallout»

¹¹ *Wall Street Journal* vom 31.3.2023: «Bank Fears Hit Small Lenders, Clients»

¹² *Wall Street Journal* vom 30.3.2023: «Threat of a Slow-Boil Bank Crisis Endures»

¹³ banks.data.fdic.gov/explore/historical/?displayFields=STNAME%2CTOTAL%2CBRANCHES%2CNew_Char&selectedEndDate=2022&selectedReport=CBS&selectedStartDate=1934&selectedStartYear=0&sortField=YEAR&sortOrder=desc

¹⁴ *Wall Street Journal* vom 17.4.2023: «Banks Are Pressured To Raise Rates on Deposits»

¹⁵ service.destatis.de/DE/Wirtschaft/JahrausendwendeEuropa/bloc-3d.html

¹⁶ Bankstellenbericht 2021 der Deutschen Bundesbank vom 8.7.2022: bundesbank.de/resource/blob/894918/ef32b6ca4130522d8db47352d32c2dbf/mL/bankstelle-bericht-2021-data.pdf

¹⁷ Bankstellenbericht 2021 der Deutschen Bundesbank, S.9

¹⁸ *Forbes* vom 17.7.2017, forbes.com/sites/gradsoffice/2018/11/06/salute-to-skills-workshops-for-warriors-and-hire-heroes-usa/#343e37385a11

¹⁹ oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf

²⁰ inequality.org vom 9.8.2021

²¹ *Wall Street Journal*, «Dion Rabouin: Why Big Companies Love Inflation»: [youtube.com/watch?v=E3i7TqzW42g](https://www.youtube.com/watch?v=E3i7TqzW42g)

²² menschengerechtere-wirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/07/Buch-Mephisto-30.4.20-mit-Bild-1.pdf

²³ inequality.org vom 3.11.2020

²⁴ menschengerechtere-wirtschaft.de/wp-content/uploads/2023/04/Bankenkrise-welche-Bankenkrise.pdf vom 28.4.2023; aktualisierte Fassung

* Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962: Studium und Promotion in Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeschichte an der LMU München. Neun Jahre Berufstätigkeit als Bankier, davon sieben Jahre als Investment Banker. Seit 2002 Professor für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Investition, Finanzierung und Volkswirtschaftslehre. Autor von sieben Büchern: *Gekaufte Wissenschaft* (2020); *Das Mephisto-Prinzip in unserer Wirtschaft* (2019); *BWL – Blenden Wuchern Lamentieren* (2019, zusammen mit Heinz Siebenbrock); *Werbung nein danke* (2016); *Gekaufte Forschung* (2015); *Geplanter Verschleiss* (2014); *Profitwahn* (2013). Drei Einladungen in den Deutschen Bundestag als unabhängiger Experte (Grüne, Linke, SPD), zahlreiche Fernseh-, Rundfunk- und Zeitschriften-Interviews, öffentliche Vorträge und Veröffentlichungen. Mitglied bei *ver.di* und *Christen für gerechte Wirtschaftsordnung*. Homepage menschengerechtere-wirtschaft.de

«Wir verlieren unsere Jugend»

Menschen im syrischen Aleppo leiden unter dem Krieg, den Sanktionen und den Folgen des Erdbebens

von Karin Leukefeld, Bonn und Damaskus

Mehr als 8000 Menschen haben bei dem grossen Erdbeben Anfang Februar in Aleppo, Idlib, Hama und entlang der Mittelmeerküste zwischen Latakia und Tartus ihr Leben verloren. 45 000 Familien, 225 000 Personen wurden obdachlos. In Aleppo-Stadt stürzten nach offiziellen Angaben 54 Häuser komplett zusammen. Die meisten waren bereits durch den Krieg erheblich beschädigt worden. In einem Haus im Stadtteil Aziziyeh wurden elf Ärzte und ihre Familien aus dem Leben gerissen.

Nach offiziellen Angaben konnten in Aleppo und Latakia jeweils 16 Häuser wieder repariert werden, so dass Familien zurückkehren konnten. Die Hilfsbereitschaft ist gross, wer viel hat, gab viel, wer wenig hat, gab weniger. Kleider und Hygieneartikel wurden gespendet, manche kochten, andere gaben Lebensmittel. Die Industriekammer von Aleppo sammelte Spenden, mit denen 9000 Familien – etwa 49 000 Personen – mit genügend Geld versorgt wurden, um für 1,5 Jahre eine neue Wohnung mieten zu können. Syrische Geschäftsleute im Ausland spendeten für Milchpulver, das bis heute vor dem Büro im Zentrum der Stadt an Hilfsbedürftige kostenlos verteilt wird. Syrische Industrielle in Ägypten schickten Dialyse-Geräte für die Krankenhäuser. Doch noch immer ist die Not gross, und nicht alle Betroffenen haben eine neue Unterkunft finden können.

Die Al Beyrouni-Schule

Am westlichen Stadtrand von Aleppo liegt die *Al Beyrouni-Schule*. Die Grundschule gehört zu einem Neubauviertel, das seit mehr als zehn Jahren auf seine Fertigstellung wartet. Die massiven, aus Kalkstein errichteten Mehrfamilienhäuser haben das schwere Erdbeben Anfang Februar überstanden, doch wegen des Krieges, einseitiger wirtschaftlicher Strafmassnahmen (Sanktionen) der Europäischen Union und der USA und wegen der schweren Wirtschaftskrise sind viele der Häuser noch im Rohbau.

Die Kinder der Familien, die bereits vor dem Krieg dort eingezogen waren, besuchten die *Al Beyrouni-Grundschule*. Seit dem Erdbeben aber leben dort Familien, die ihre Wohnungen verloren haben. «Die meisten der obdachlos Gewordenen konnten inzwischen bei Verwandten oder in anderen Wohnungen untergebracht werden», sagt *Abdul Nasser M.*, ein freiwilliger Helfer in der Einrichtung. «Heute wohnen hier noch 49 Familien, insgesamt 293 Personen. Von ihnen sind 76 Kinder, die älter als 12 Jahre sind.» Die Familien seien aus zehn anderen Schulen zu ihnen in die *Beyrouni-Schule* gekommen, weil für sie bisher noch keine neue Bleibe gefunden werden konnte. Für die Kinder gebe es täglichen



Aleppo, Al Beyrouni-Schule. Tanzen und singen gegen das Trauma von Krieg und Erdbeben. (Bild Karin Leukefeld)

Schulunterricht, der u. a. von *Unicef* unterstützt werde. Die syrische Organisation *Amal* (Hoffnung) versorge die Menschen medizinisch und habe auch die Container im Hof aufgestellt. Ein Container hat Duschen und Toiletten für Männer, ein zweiter Container Duschen und Toiletten für Frauen. Ein dritter, etwas kleinerer Container ist für Menschen mit Behinderungen vorgesehen.

Medizinische und psychosoziale Hilfe

Täglich kämen auch Psychologen in die Schule, um betroffene Kinder und Erwachsene psychisch und sozial zu versorgen. «Alle Menschen haben den Krieg durchlebt, dann gab es Covid-19 und nun das Erdbeben», sagt der ernste junge Mann, der eine Brille und einen Vollbart trägt. «Die Menschen sind von alledem völlig überfordert.» Er und seine Kolleginnen und Kollegen arbeiteten und spielten mit den Kindern und seien Ansprechpartner für alle Fragen.

Der 26-jährige *Abdul Nasser* und sein Kollege *Mohammed N.* tragen dunkelblaue Westen mit den Buchstaben C.C.S. auf dem Rücken. Darüber ist ein Lorbeerkranz mit zwei Kindern in der Mitte zu sehen. C.C.S. stehe für «Syrische Gesellschaft für die Gesundheit von krebserkrankten Kindern», erklärt *Abdul Nasser*. Die Hilfsorganisation sei 2012 gegründet worden und habe heute Niederlassungen im ganzen Land.

Dann stellt er *Mozna Olabi* vor, eine schmale, jugendlich wirkende Frau. *Mozna*

ist Gründerin und Leiterin der Hilfsorganisation. Sie ist eine resolute Frau mit kräftiger Stimme. Sie trägt einen langen Mantel und hat das Kopftuch eng umgebunden. Vor dem Krieg habe sie Modedesign in London studiert, erzählt sie und lacht. Dann sei sie nach Aleppo zurückgekehrt und habe geholfen. Aus der Hilfe sei C.C.S. entstanden. «Wir erhalten Spenden von syrischen Stiftungen und Hilfsorganisationen», erklärt sie. Die Organisation dürfe auch Spenden aus dem Ausland annehmen. «Wir stellen Anträge an die UN-Organisationen», die oft, aber nicht immer bewilligt würden. Auch der Norwegische Flüchtlingsrat helfe. «Ich habe nie daran gezweifelt, dass wir den Krieg gewinnen würden», sagt sie. «Aber die Zerstörung ist einfach zu gross. Die gut ausgebildeten Menschen haben wir verloren, nun noch das Erdbeben.» Sie frage sich oft, wie Syrien das alles überwinden könne. Auf die Frage, wie das Ausland helfen könne, sagt sie nach einer kurzen Pause: «Lassen Sie uns einfach in Ruhe. Dann finden wir schon einen Weg.» «In Ruhe lassen» bedeutet auch die Aufhebung der Sanktionen und des Wirtschaftskrieges gegen Syrien. Das aber sagt Frau Olabi nicht.

Auf ihrem Handy blättert Frau Olabi Bilder vom vergangenen

Eid-Fest auf, dem Fest zum Ende des Fastenmonats Ramadan, das man auch Zuckerfest nennt. «Hier haben wir mit Kindern in Hasakeh gefeiert», sagt sie fröhlich. Es sei ein doppeltes Fest gewesen, weil zwei der Kinder, die an Krebs erkrankt waren, als gesund entlassen wurden.

Im Flur vor dem Besprechungszimmer wird es laut. Musik erschallt, Kinder rufen laut durcheinander. «Wir haben einen kleinen Wettbewerb für die Kinder vorbereitet», sagt Frau Olabi. Auf dem Schulhof haben sich viele Kinder und weitere Freiwillige von C.C.S. versammelt. Sie führen Tänze auf. Dann müssen die Kinder zu Musik verschiedene Übungen nachmachen, die von einer C.C.S.-Mitarbeiterin vorgeführt werden. Am Ende der Veranstaltung werden kleine Geschenke verteilt, und die Freude der Kinder zaubert selbst den Eltern, die dem Spektakel von der Schultreppe her zusehen, ein Lächeln auf ihre ernsten Gesichter.

Frau Olabi verabschiedet sich zum nächsten Termin, es bleibt Zeit, noch einige Sätze mit *Abdul Nasser* zu wechseln. Für ihn und seine Freunde sei es selbstverständlich zu helfen, sagt er. Erst im Krieg, jetzt nach dem Erdbeben. «Aber wir haben unser eigenes Leben verloren. Unsere Kindheit haben wir an den Krieg verloren. Nun leben wir in einer Wirtschaftskrise und verlieren unsere Jugend.» Er studiere Jura, aber ob er jemals ein «normales Leben» haben werde, wisse er nicht. «Ich helfe den krebserkrankten Kindern und jetzt diesen Familien, die mit dem Erdbeben alles verloren haben. Aber wenn ich mit den krebserkrankten Kindern arbeite, mit ihnen lerne und spiele und sie mich dann anstrahlen und sich freuen, vergesse ich alles andere.»

Erstveröffentlichung: *Lëtzebuurger Vollek* vom 29.4.2023



Aleppo Aziziyeh. In diesem Haus starben 11 Ärzte und ihre Familien. Vom Erdbeben aus dem Leben gerissen. (Bild Karin Leukefeld)

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einblatung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Aus Gegnern werden Partner»

Syrien wieder in Arabischer Liga

von Karin Leukefeld, Damaskus

Nach zwölf Jahren wird Syrien in die *Arabische Liga* zurückkehren. Das beschlossen die Aussenminister der 22 Mitgliedsstaaten des Bündnisses am Sonntag [7. Mai 2023] in Kairo. Die Mitgliedschaft Syriens war 2011 auf Eis gelegt worden, als Proteste in einen bewaffneten Konflikt und Stellvertreterkrieg zwischen regionalen und internationalen Akteuren auf syrischem Territorium umgeschlagen waren. Nun wird Damaskus wieder in die «arabische Gemeinschaft» aufgenommen, und das ist eine gute Nachricht.

Seit 2017 versuchen arabische Staaten, die Beziehungen mit dem Land zu normalisieren. Der syrische Präsident *Assad* hatte mit Unterstützung der Verbündeten Russland und dem Iran sowie der libanesischen *Hizbullah* seine Position stabilisiert. Libanon, Jordanien, Irak und nacheinander weitere arabische Golfstaaten nahmen ihre Beziehungen wieder auf oder suchten nach Wegen, die Rückkehr syrischer Flüchtlinge zu ermöglichen und Handelsbeziehungen zu etablieren. Viele Menschen hätten Arbeit gefunden, Häuser hätten re-

pariert werden und Vertriebene zurückkehren können.

Doch die Annäherung kam nicht voran, weil die EU und die USA sich weigerten, im Rahmen der Uno ein Rückkehrprogramm zu finanzieren. Statt dessen legten sie einen eisernen Ring von «einseitigen wirtschaftlichen Strafmassnahmen» (Sanktionen) um Syrien, der auch Staaten und Unternehmen bedrohte, die ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit Syrien wiederaufnehmen wollten. Die heutige stellvertretende Verteidigungsministerin für den Nahen Osten im US-Pentagon, *Dana Stroul* – damals noch beim neokonservativen *Washington Institute for Near East Policy* –, gab die Richtung vor, und die EU folgte: Die USA «haben» die wichtigsten Ressourcen in einem Drittel des Landes (Nordosten), sagte *Stroul*, «der Rest von Syrien liegt in Trümmern». *Assad* müsse isoliert werden, Wirtschaftssanktionen blieben aufrechterhalten. In Kooperation mit der EU habe man die internationalen Finanzinstitutionen in der Hand und könne verhindern, dass Wiederaufbauhilfe und technische Expertise nach Syrien ge-

langten. Die EU – ganz vornehmweg Deutschland – machte alles mit.

Die Folgen des Erdbebens vom 6. Februar 2023 im türkisch-syrischen Grenzgebiet wirkten schliesslich wie ein Dammbrech. Der Hilfe aus den arabischen Staaten folgten Treffen von Diplomaten und Aussenministern. Anfang März vermittelte China die Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, die ihre diplomatischen Beziehungen wiederherstellten. Aus Gegnern werden Partner.

Die USA und die EU haben alles Vertrauen in der Region verspielt. Die ungebrochene Unterstützung Israels, der Druck auf souveräne Staaten, die einseitige westliche Sanktionspolitik, Bevormundung und Arroganz – es reicht. Mit Russland und China gibt es Grossmächte, die politische, militärische und Handelsbeziehungen auf Augenhöhe wollen und die nationalen Interessen und die Souveränität anderer respektieren. Der Wind hat sich gedreht.

Erstveröffentlichung: <https://www.jungewelt.de/artikel/450097.gegner-zu-partnern.html> vom 8.5.2023

Viele Deutsche denken anders als die Machteliten

Westeliten reagieren mit Bürgerbeschimpfung, vor allem gegen Ostdeutsche

von Karl-Jürgen Müller

Nach 2019 hat die der deutschen SPD nahestehende Friedrich-Ebert-Stiftung im April 2023 ein zweites Mal eine umfangreiche Studie (84 Seiten, <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie-mit-der-moeglichkeit-zum-download>) zur Demokratie in Deutschland veröffentlicht. Der Titel der Studie lautet: «Demokratievertrauen in Krisenzeiten». Grundlage dafür waren zahlreiche Umfrageergebnisse. Die Autoren der Studie versuchen zwar, die Umfrageergebnisse zu beschönigen und unliebsame Meinungen der Bürger mit Etiketten wie «Sehnsucht nach Einfachheit» oder «Verschwörungsgedanken» zu versehen. So soll zum Beispiel der starke Wunsch nach Volksentscheiden Ausdruck einer solchen «Sehnsucht nach Einfachheit» sein. Oder die Aussage, die westliche Welt habe sich «gegen Russland und Putin verschworen, um die eigene Macht auszubauen», «Verschwörungsgedanken». Und mit 55,9 % der Befragten favorisieren die «Verschwörungsgläubigen» auch noch, «die Bürger in regelmässigen Volksentscheiden» abstimmen zu lassen – viel mehr als die «Nicht-Verschwörungsgläubigen», von denen nur 20,8 % regelmässige Volksentscheide wünschen. Trotzdem lohnt sich ein gründlicher Blick auf die Umfrageergebnisse. Erneut wird deutlich: Der Unterschied zwischen veröffentlichter (Machteliten-)Meinung und öffentlicher Meinung der Bürger ist gross, sehr gross. Vor allem im Osten Deutschlands. Hier können nur ein paar wenige Ergebnisse wiedergegeben werden.

Die Studie basiert auf einer Telefon- und Onlinebefragung von wahlberechtigten Deutschen ab 18 Jahren. Die repräsentative Zufallsstichprobe umfasst 2536 Befragte (1658 Telefoninterviews und 878 Online-Interviews). Der Erhebungszeitraum lag vom

11. Juli bis 9. August 2022. Durchgeführt wurde die Befragung vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap.

Wenig Optimismus für die Zukunft

41,6 % der Befragten gaben an, dass man den meisten Menschen eher nicht oder gar nicht vertrauen kann. 84 % sagten, den künftigen Generationen in Deutschland würde es etwas (48,9 %) oder sogar wesentlich schlechter (35,1 %) gehen. Weiter hinten in der Studie ist zudem zu erfahren, dass 75,3 % der Befragten der Aussage, der Zusammenhalt in der Gesellschaft sei zurückgegangen, eher oder voll und ganz zustimmen.

Wie nehmen die Deutschen die politischen und sozialen Verhältnisse wahr, in denen sie leben, so dass so viele ein eher schlechtes Menschenbild haben, so viele den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet sehen und so viele nicht mehr optimistisch in die Zukunft kommender Generationen blicken?

Die fünf am meisten genannten Sorgen der Befragten sind die Klimaentwicklung (80,1 % grosse oder sehr grosse Sorgen), Hass und Feindseligkeit (80 % grosse oder sehr grosse Sorgen), Krieg (76,3 % grosse oder sehr grosse Sorgen), der Verlust sozialer Sicherheit (73,5 % grosse oder sehr grosse Sorgen) und die Inflation (73,3 % grosse oder sehr grosse Sorgen).

Nicht zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert

Die Mehrheit der Befragten (51,3 %) ist weniger oder überhaupt nicht zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Diese Unzufriedenheit zeigt sich am stärksten in der Unterschicht, hier sind es 67,2 % der Befragten, und im Osten des Landes, hier sind es 66 %.

Für mehr als die Mehrheit der Befragten (50,5 %) hat sich der Zustand der Demokratie in Deutschland in den letzten Jahren eher oder sogar deutlich verschlechtert. Der Aussage, dass es jenseits von Wahlen nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger gibt, stimmen 68,2 % der Befragten eher oder voll und ganz zu. 50,9 % stimmen der Aussage eher oder voll und ganz zu, es mache keinen Unterschied mehr, ob SPD, Grüne, FDP oder CDU/CSU an der Regierung sind.

Für nur noch 24,5 % der Befragten ist die repräsentative Demokratie das beste Regierungsmodell, 33,4 % favorisieren eine Herrschaft von Experten («Expertokratie»), 41,1 % eine direkte Demokratie. Auch hier ist es die Unterschicht, die sich am meisten von einer direkten Demokratie verspricht (mehr als 50 %). Dies erstaunt nicht, sind doch die Angehörigen der Unterschicht die grössten Verlierer der bisherigen Politik und bislang praktisch ohne Einfluss auf die sie betreffenden politischen Entscheidungen.

Für die Parteien und ihre Anhänger zeigt sich folgendes Bild: Anhänger der Grünen favorisieren mit mehr als 40 % die «Expertokratie» gegenüber der repräsentativen Demokratie (nur 35,9 %), und die Werte für direkte Demokratie liegen hier am niedrigsten: bei nur 22,6 %. In der Skepsis gegenüber direkter Demokratie folgen die Anhänger von FDP und SPD denjenigen der Grünen stärker als die Anhänger anderer Parteien im Deutschen Bundestag. Und die Anhänger der FDP bevorzugen mit 45,4 % sogar noch mehr als diejenigen der Grünen eine «Expertokratie» gegenüber der repräsentativen Demokratie (nur 23,3 %). So viel zum Thema Vertrauen der Anhänger der Ampelkoalition in die Bürger und in die Demokratie.

Mehrheit hat kein Vertrauen in wichtige Institutionen

Sieht man vom Bundesverfassungsgericht ab, so hat die Mehrheit der Befragten heute wenig oder gar kein Vertrauen mehr in wichtige politische Institutionen, seien es nun die Bundesregierung (57,6 %), der Bundestag (57,7 %), die Europäische Kommission (68,5 %), die Gewerkschaften (52,4 %) oder die Arbeitgeberverbände (64,9 %). Auch bei den Medien ist bei der Mehrheit der Befragten das Vertrauen weg. 58,2 % haben wenig oder gar kein Vertrauen mehr in die öffentlich-rechtlichen Medien, bei den privaten Medien wie Fernsehen oder Zeitungen sind es sogar 68,3 %.

Wird konkret nach den Problemen der deutschen Demokratie gefragt, so gibt es die meisten Nennungen bei der Aussage «Zentrale Wahlversprechen werden oft nicht umgesetzt». Dies halten 81,7 % der Befragten für ein grosses oder sehr grosses Problem.

Bürgerbeschimpfung: «Verschwörungsglauben»

Das, was die Studie als «Verschwörungsglauben» bezeichnet, wurde überzogen und deshalb manipulativ in fünf Aussagen formuliert: «die westliche Welt hat sich gegen Russland und Putin verschworen, um die eigene Macht auszubauen», «die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen», «die Regierung hat die Bevölkerung in der Corona-Krise in Angst versetzt, um massive Grundrechtseinschränkungen durchzusetzen», «das Coronavirus ist eine Biowaffe, die absichtlich entwickelt wurde, um Menschen zu schaden» und «Wissenschaftler übertreiben die Risiken des Klimawandels mit Absicht, um mehr Geld und Anerkennung für ihre Forschung zu erhalten». So ist es auch nicht erstaunlich, dass eine Mehrheit der Befragten diesen Aussagen eher nicht oder überhaupt nicht zustimmt. Indes: Der Anteil derjenigen Befragten, die eher oder voll und ganz zustimmen, liegt immerhin zwischen 18,1 und 36,3 %.

Die Aussage, «die westliche Welt habe sich gegen Russland und Putin verschworen, um die eigene Macht auszubauen», wird je nach Parteipräferenz sehr unterschiedlich beurteilt. Die Zustimmungswerte bei den Anhängern der Grünen sind – wenig überraschend – am niedrigsten, sie liegen bei nur 11,9 %. Das sieht bei den Anhängern anderer Parteien im

Deutschen Bundestag anders aus: 36,7 % der FDP-Wähler, 57,1 % der AfD-Wähler, 34,2 % der Linken-Wähler und 34,9 % der Anhänger «Freier Wähler» finden, dass an dieser Aussage zum Westen und dessen Verhältnis zu Russland etwas dran ist. Und auch bei den Nichtwählern sind es 35,6 %. Am meisten stimmen die Befragten aus Ostdeutschland dieser Aussage eher oder voll und ganz zu: 44,8 %.

Die Bürgerbeschimpfung richtet sich vor allem gegen Ostdeutsche

Nach dem 17. Juni 1953, als ein Volksaufstand in der DDR gewaltsam niedergeschlagen wurde, dichtete der in der DDR lebende Bertolt Brecht sein bekanntes Gedicht:

Die Lösung

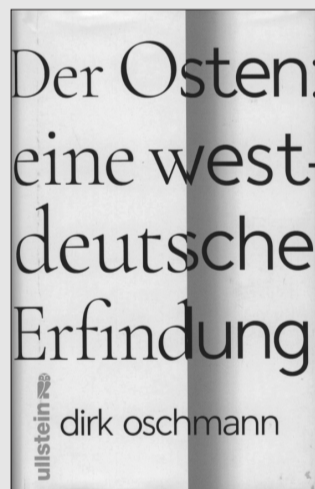
Nach dem Aufstand des 17. Juni
Liess der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, dass das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und es nur durch verdoppelte Arbeit
zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volk auf und
Wählte ein anderes?

So charakterisierte Brecht vor fast 70 Jahren eine Haltung von Machteliten, die wir heute – wenn es um die Menschen in Ostdeutschland geht – in neuer Farbe wiedererleben. Vor ein paar Wochen machte es kurze Zeit Schlagzeilen, als herauskam, dass der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer Verlages, Mathias Döpfner, über die Ostdeutschen geäussert hatte: «Die Ossi sind entweder Kommunisten oder Faschisten. Von Kaiser Wilhelm zu Hitler zu Honecker, ohne zwischendurch US-Reeducation genossen zu haben.» Döpfner musste sich entschuldigen – blieb aber Vorstandsvorsitzender eines der grössten deutschen Medienkonzerne. Der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer-Verlages ist kein Einzelfall. In einem im Februar 2023 erschienenen Buch, «Der Osten: eine westdeutsche Erfindung», hat der Leipziger Professor für Neuere deutsche Literatur Dirk Oschmann pointiert zusammengetragen: Nach wie vor besetzen Westdeutsche fast alle Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in West- und in Ostdeutschland. Besonders perfid dabei: Die Schuld hieran wird den Ostdeutschen selbst gegeben. Westdeutsche Eliten gehen nun schon mehr als 30 Jahre seit dem 3. Oktober 1990 herabsetzend und entwürdigend mit Ostdeutschen um. Jene versuchen, ihnen eine ostdeutsche «Identität» aufzuzwingen, die mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun hat. Auf die Ostdeutschen werden Etiketten wie Populismus, mangelndes Demokratieverständnis, Rassismus und Verschwörungsmethoden geklebt. Der Westen definierte sich über 30 Jahre nach dem Mauerfall noch immer als Norm und den Osten als Abweichung.

In der Tat: Wenn das, was die westdeutschen Machteliten wollen und tun, die «Norm» sein soll, dann weichen sehr viele Ostdeutsche davon ab. Gottseidank, kann ich nur sagen.

Das richtige und das falsche Andere

«Zwar zählt es zum liberalen, weltoffenen Selbstverständnis der meisten Westdeutschen, das Fremde und Andere zu feiern, in die ganze Welt zu reisen und ferne Kulturen zu bewundern, Divergenz, Differenz und Alterität als besonders wertvoll zu markieren. Doch es muss das richtige Andere sein, nicht das falsche Andere, das der Osten verkörpert, vor dem man sich fürchtet, das man ausgrenzt, belächelt, verhöhnt und kleinmacht. Diesem falschen Anderen gegenüber herrscht Nulltoleranz. Auf diese Weise macht der Westen den Osten zum Fremden im eigenen Land.»
aus: Oschmann, Dirk. Der Osten: eine westdeutsche Erfindung; Berlin 2023, S. 134f.



ISBN 978-3-550-20234-6

LESER  BRIEF

Handarbeitsunterricht

Danke für den interessanten Artikel von Frau Bürkli in Zeit-Fragen Nr. 8 vom 18. April, der viele wichtige Aspekte zum Handarbeitsunterricht hervorgehoben hat. Ich selbst bin an einer bayerischen Volksschule in den Genuss eines guten Handarbeitsunterrichts gekommen, der Unterricht fand immer nachmittags statt, und es war eine Stimmung ohne Konkurrenz zwischen den Schülerinnen, denn wir arbeiteten alle an einem anderen Entwurf, wir durften die Farben der Wolle aussuchen, und ganz stolz bin ich auf meine orange Mütze mit dem weiss-orangen Bommel gewesen, die ich gestrickt habe, sogar mit einem Muster. In der dritten Klasse!

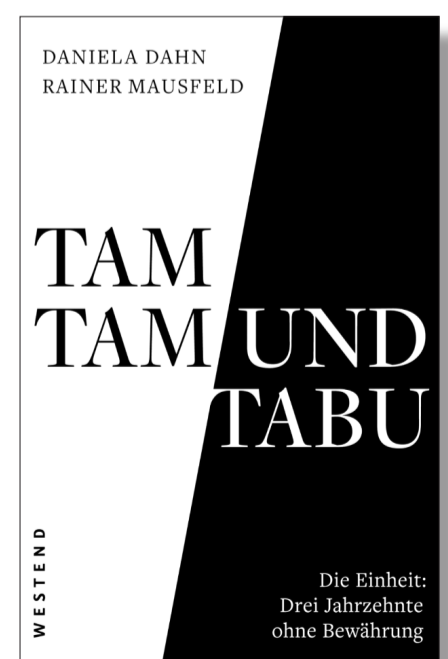
Sehr gerne habe ich auch eine Kissenhülle in speziellem gelben Webstoff bestickt, auch in einem relativ komplizierten Muster, und meine Eltern mit kleinen Stickbildern erfreut. Das ist mir in sehr guter Erinnerung, – auch die grossen Wandbilder mit den Häkelverfahren, die dort aufgezeichnet waren und anhand derer die Lehrerin das Häkeln erklärte. Es war ziemlich einfach, wenn man die Bilder anschaut.

Die Handarbeit in der Schule ist ein gute Vorbereitung für spätere Hobbys, und für mich

hat sie Bedeutung bis heute. Ich stricke gerne mal einen Pulli, einen Schal, und eine sehr junge Verwandte war erfreut über ein Jäckchen für ihr Kind – so etwas Hübsches habe sie kaum jemals gesehen ...

Wer die Handarbeitsstunden an den Schulen aus dem Bildungsplan eliminiert, redet der Wegwerfgesellschaft das Wort, denn die heutigen und zukünftigen Mütter sind nicht in der Lage, ein Loch zu stopfen oder einen Faden einzufädeln. Sie müssen dann immer neue Sachen kaufen, und dies dient der Konsumgesellschaft, die immer unbeständigere, unsolidere Kleidung anbietet mit der Absicht, möglichst bald möge die Jacke Löcher bekommen, bis sie sich auflöst und man eine neue kaufen muss. Mit immer neuen Kleidern wird immer wieder neues Geld verdient – auf die Dauer dient das niemandem – ausser den Händlern! Dass Dumpinglöhne in Entwicklungs- und in osteuropäischen Ländern in der Produktion dafür gezahlt werden, wird kühl einkalkuliert, und es ist auch ein Vergehen an der Natur mit ihren wertvollen Ressourcen!

Susanne Wiesinger, Freiburg im Breisgau



ISBN 978-3-86489-313-1

Wir Ostdeutsche sind noch viel Schlimmeres gewohnt

von Daniela Dahn



Daniela Dahn
(Bild Wikipedia)

km. Daniela Dahn, 1949 in der DDR geboren, ist Journalistin, Schriftstellerin und Publizistin, sie war Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der DDR-Oppositionsgruppe Demokratischer Aufbruch. Im folgenden Beitrag entlarvt sie die Scheinheiligkeit der öffentlichen Entschuldigung des Vorstandsvorsitzenden des Axel-Springer-Konzerns, Mathias Döpfner, für seine Ausfälle gegen die Ostdeutschen, aber auch die Scheinheiligkeit des kurzzeitigen Mediengeschreis gegen Mathias Döpfner: West-Eliten verleumdete und benachteiligten Ostdeutsche seit mehr als 30 Jahren.

Es würde sich nicht lohnen, auf dieses unterirdische SMS-Geschwätz zu reagieren, wenn die Debatte nicht von grosser Scheinheiligkeit wäre.

Die ganze Empörung erwächst aus dem Umstand, dass es hier um einen der einflussreichsten Medien-Bosse des Landes geht, Chef und Eigentümer nicht nur des Springer-Konzerns, sondern auch langjähriger Präsident des Bundesverbandes Digitalpublisher und Zeitungsverleger.

Der nun vom Blatt der konkurrierenden Holtzbrinck-Konzerne durch selektive Veröffentlichung mehr oder weniger privater Kommunikation an den Pranger gestellt wird. Nicht, dass man diesem Anprangerer vom Dienst die Pein nicht gönnt. Aber wirklich überraschen können die Enthüllungen über die Denkweise der Führung in diesem Tendenzmedium nicht.

Letztlich bestimmen genau diese Inhalte seit Jahrzehnten ohne grösseren Widerspruch nicht nur die internen Botschaften im Hause Springer, sondern oft auch die veröffentlichten. Und nicht nur dort. Scheinheilig ist die Debatte, weil sowohl die Aufregung über die Vorwürfe wie auch die Entschuldigung unglaubwürdig sind. Um von den Verleumdungen hier nur die herauszugreifen, mit der ich mich am besten auskenne: Dass die Ostdeutschen allesamt geistig deformiert und deshalb demokratieuntauglich sind, war jahrelang prominent gesetzte Indoktrination.

Der Spiegel veröffentlichte schon im Februar 1990 eine achtseitige Schmähschrift über das DDR-Bildungssystem: «Erziehung zu Drill und Duckmäusertum». Wurde im Herbst noch die couragierte politische Reife der ihre Bürgerrechte erkämpfenden Ostdeutschen allseits gelobt, musste man jetzt den Eindruck gewinnen, dass Revolutionen mit Vorliebe dort ausbrechen, wo die Konzentration von Duckmäusern besonders hoch ist. Sie alle hätten eine «Gehirnwäsche» durchlaufen, einen «permanenten Akt geistiger Vergewaltigung».

Ostdeutsche haben «nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten»

Zitiert wurde in dem unsignierten Artikel immer wieder der angebliche Pädagogik-Experte Johannes Niermann, der später auch in einer öffentlichen Anhörung des Bundestages seinen Auftritt hatte. In dem Gutachten beschuldigte er «die gesamte Intellegentia» (gehören Rechtschreibschwäche und Denunziation zusammen?), das «Lügenreichgebäude» aufgebaut zu haben, und attestiert, dass dies zu einer «ganz primitiven Konditionierung, wie bei Tierdressuren» geführt habe.

Er bedauert, dass die Peiniger nicht hinter Schloss und Riegel gesetzt wurden, statt dessen «laufen diese weiter frei herum». Mit einer dringenden Empfehlung entwickelte er missionarischen Eifer: Abiturabschlüsse seien in den neuen Bundesländern auf 10 bis 30 Prozent zu reduzieren, dafür an den Mittel- und Realschulen Schwerpunkte wie Hauswirtschaft als Pflichtfach für Mädchen sowie Werken und Handarbeit einzuführen. Die «Berliner Zeitung» veröffentlichte eine Karikatur mit dem Kanzler in Ritterrüstung vor dem Schild «Bundesdeutsche Kolonie!»

Auch der Historiker Arnulf Baring, beliebter Talkshow-Gast, hatte in seinem Buch

«Deutschland, was nun?» spürbares Vergnügen an der Herabwürdigung von DDR-Akademikern. Sie seien durch das Regime fast ein halbes Jahrhundert «verzweigt» und «verhunzt» worden. Ob sich einer dort Arzt, Ingenieur oder Pädagoge nenne, «das ist völlig egal. Sein Wissen ist über weite Strecken völlig unbrauchbar.» Die Westdeutschen könnten diesen «politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben», es würde nichts nutzen, denn die Ostdeutschen «haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten».

Der aus allen Zusammenhängen gerissene und immer wieder bemühte Adorno-Satz, es gäbe kein wahres Leben im falschen, stempelte rückwirkend handstreichartig sämtliche DDR-Leben als wertlos. Im Kontext von Eignung für Führungspositionen war die Interpretation: unwert.

Das Narrativ von gut-böse und richtig-falsch blockierte einen beidseitigen Austausch. Dabei sind die Unterschiede nur gradueller Natur, letztlich gibt es wohl nichts anderes als wahres Leben im falschen. Der Molekularbiologe und DDR-Oppositionelle Jens Reich klagte, dass in der viel beachteten Gesellschaftsgeschichte des Historikers Hans-Ulrich Wehler Millionen Ostdeutsche «nicht als Akteure dargestellt auftreten, sondern als eine Art Schafherde». Alle falschen Weichenstellungen müssten laut dieser Sicht nach westlichem Modell in einem mühseligen Prozess korrigiert werden. «Das ist die Bürde der neuen Bundesrepublik nach 1990», so Wehler. Ist die Bürde nicht vielmehr, dass das völlige Missachten östlicher Erfahrungen eine bis heute mühselige Korrektur erfahren muss? Dass die plumpen Diffamierungen jetzt nur noch in privaten Tweets gewagt werden, ist zwar ein Fortschritt, zeigt aber zugleich, wie quicklebendig sie noch sind.

Der Dichter Wolfgang Hilbig beschrieb die Demütigungen als «Unzucht mit Abhängigen». Lange Zeit hatte man das hinzunehmen. Und auch der öffentliche Widerspruch von Westprominenz blieb übersichtlich. Gaus, Grass, Bahr – sie wurden dafür gescholten. Wer gar im Osten wagte, die Versimpler anzugreifen, wie ich in meinen Büchern, wurde des «Ostrotzes» bezichtigt. Gegen den Axel-Springer-Konzern habe ich ein halbes Dutzend Verleumdungsklagen geführt, weil ich in Texten des moralisierenden Hauses mit abenteuerlichen Spekulationen mal in Stasi-, mal in Nazi-Nähe gerückt wurde. Das Schmerzensgeld an mich, zu dem der Konzern verurteilt wurde, hat er gern aus der Portokasse bezahlt und weitergemacht. Die Lust am versuchten Disziplinieren überzog offenbar. Das war eine Erfahrung struktureller Gewalt. Es gab lange keine denunziationsfreien Räume für die Ostdeutschen mehr. Und nie hat sich dafür jemand entschuldigen müssen oder wurde gar zum Rücktritt aufgefordert.

Nationalistische Gefühle angeheizt – ein Rückschlag für soziale Bewegungen

Aber warum war und ist gerade die Demokratiefähigkeit der DDR-Sozialisierten so ein Reizthema? Solange sie 1989 ihre Regierung zum Rücktritt zwangen, wurden sie für ihre Gewaltlosigkeit und ihren Humor selbst von der Springer-Presse gelobt. Sobald aber ihre Vorstellungen von Demokratisierung Gefahr liefen, auch den Status quo der Bundesrepublik infrage zu stellen, hörte der Spass auf.

Klaus Hartung lobte in der «taz» den Runden Tisch und das Kabinett Modrow für das klare Programm der Demokratisierung. «Insofern geht die Macht wirklich vom Volke aus und bleibt vor allem bei ihm – in einer Masse, wie es im ehemals freien Westen nie denkbar war und ist. In der Demokratie DDR ist jetzt schon die Strafflosigkeit des gewaltlosen Widerstands garantiert, ein Prozess, der unsere Sicherheitsgesetze noch peinlicher machen wird. Die repräsentative Demokratie, die im Grunde eine Grossparteienherrschaft ist, wehrt nach wie vor alle Ansätze direkter Demokratie und Kontrolle von unten ab. In der DDR hingegen wird inzwischen selbst der innerste Repressionsbereich einer demokratischen Kontrolle von unten unterworfen.»

Zu der Zeit war ich Mitglied der ersten unabhängigen Untersuchungskommission; wir hatten das Mandat, die Verantwortlichen für die Übergriffe von Polizei und Staatssicherheit auf Demonstranten zu befragen. Auch wenn diese unwillig waren und blockierten, sie hatten uns Rede und Antwort zu stehen. Wir erreichten den Rücktritt des Berliner Polizeipräsidenten.

«Nicht nur Euer Land, Ost und West stecken in einer tiefen Krise», hiess es in einer Erklärung von wichtigen Stimmen wie Inge Aicher-Scholl, Karl Bonhoeffer, Helmut Gollwitzer, Margarethe Mitscherlich oder Heinrich Albertz. Es würden bewusst nationalistische Gefühle angeheizt, um die Bemühungen für eine sozialistische Demokratie zu verschütten. Dann würden auch die «sozialen Bewegungen in unserem Lande einen schweren Rückschlag erleiden». Ein Mitunterzeichner, der österreichische Futurologe Robert Jungk, flehte geradezu: «Lassen Sie sich um Gottes Willen nicht von den Konzepten kapitalistischer Staaten verführen. Wenn bei uns weiter in der bisherigen Art regiert und produziert wird, stehen unvermeidlich schwere, nicht wieder-gutzumachende Krisen ins Haus.»

Hatten wir die SPD mitgerissen, die mitten in der Wendezeit auf ihrem Berliner Parteitag im Dezember 1989 ein neues Programm beschloss? «Es ist eine historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.»

Erfundene Zitate und Fake-Luxusgüter

Ich wollte immer in einer Demokratie leben, aber nie im Kapitalismus. Das dürfte für Mathias Döpfner und seine FDP-Freunde schon hinreichend ekkliger Kommunismus-Verdacht sein. Sei's drum. «Die Ossi werden nie Demokraten» – an seiner Prognose ist was dran, wenn man bedenkt, dass viele eine andere Vorstellung von Demokratie hatten: nicht nur eine Worthülse à la «Bild-Zeitung», sondern das ganz grosse Versprechen, das mit einem «Demokratischen Aufbruch» verbunden sein sollte. Das war die Endstation Sehnsucht: Wohlstand durch eine Demokratie, die auch die Wirtschaft erfasst, die viele Facetten haben sollte, räte- oder basisdemokratische, jedenfalls nicht auf die auf Privateigentum fixierte, kapitalistische Demokratie reduziert sein würde.

Und diese Sehnsucht war ansteckend. An der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen wurde eine Resolution verabschiedet: «Es ist Zeit für eine grundlegende Kritik des Kapitalismus.» Und die SPD schlägt einen Runden Tisch auch für Bonn vor. Sechs Wochen vor der Volkskammerwahl in der DDR im März 1990 sagen ihr Umfragen dort immer noch eine absolute Mehrheit voraus. Ihre Genossin Anke Martini findet, dass die Ostdeutschen den nötigen Antworten schon nähergekommen sind «als wir Westler, die wir unser System so wenig in Frage zu stellen gewohnt sind». Bündnis 90 greift das grösste Tabu auf, fordert eine Volksabstimmung über den Erhalt des Volkseigentums.

Das war eine brenzlige Situation für die regierende CDU, hier wurde begonnen, Systemfragen zu stellen. Jetzt konnte sie das Ruder nur noch herumreissen, wenn sie auf die ganz grosse Pauke haut. DDR-Medien, die sich zum allgemeinen Erstaunen schnell von Zensur emanzipiert hatten und deren Sender eine höhere Sehbeteiligung erreichten als die westlichen, waren dennoch frei erfundenen Räuberpistolen des Boulevards noch nicht gewachsen. Sie erlebten erstmalig, wie ein von privaten Medien genährter Manipulationsapparat eine Mehrheitsmeinung in kürzester Zeit ins Gegenteil verkehrt, wie ich in dem Buch «Tamtam und Tabu» detailgetreu nachgewiesen habe. Die eine Strategie war, den Volkszorn zu schüren, indem DDR-Politikern von «Bild», aber auch vom Spiegel und anderen angedichtet wurde, sie hätten sich auf Staatskosten Luxusgüter angehäuft, von Brillanten bis zu Jaguars – reine Fakes. Der Spiegel frohlockte, dass diese Berichte in der DDR Furore machten, tausendfach fotokopiert, in Betrieben ausgehängt, zur «Volkslektüre» wurden.

Noch wirksamer aber war die zweite Strategie, die Panik auslöste durch die plötzliche

Behauptung von Kohls engstem Berater im Kanzleramt, Horst Teltschik, wonach der Kollaps der DDR-Wirtschaft unmittelbar bevorstünde, was völlige Zahlungsunfähigkeit in wenigen Tagen bedeute. Damit dieser Unsinn geglaubt wird, behauptete «Bild», der Vorsitzende der Ost-CDU, Lothar de Maizière, habe das bestätigt. Dessen Dementi, wonach ihm dergleichen nicht bekannt sei, erwähnen die Westmedien nicht. Statt dessen legt der Spiegel auch Ministerpräsident Hans Modrow frei erfundene wörtliche Zitate in den Mund: «Wir sind am Ende. Unser Geld reicht noch bis Mitte des Jahres.» Erst daraufhin habe Kohl beschlossen, die Währungsunion sofort vorzubereiten, «koste es, was es wolle». «Bild» bringt es auf das populistische Fazit: Die Wirtschaft der DDR hängt am Tropf, sie braucht die Transfusion der D-Mark. Das vom Westkanzler für die Ostwahlen gegründete Bündnis «Allianz für Deutschland» geht an die Arbeit.

Geschockt und verängstigt nehmen die Wähler das Versprechen der D-Mark als Messias an. Dass sie einem neuen «Lügengebäude» erlegen waren und nunmehr jede Reformidee aufgekauft werden konnte, merkten sie erst nach und nach. Und die meisten Westdeutschen glauben bis heute die verbreitete Lesart, wonach ihre einst Brüder und Schwestern Genannten nichts anderes wollten, als nur so schnell wie möglich wie im Westen zu leben. Auch wenn Volksentscheide gerade noch verhindert werden konnten, belegte die erste repräsentative Umfrage nach der Wahl etwas anderes: So gut wie alle waren für die Einheit, aber 83 Prozent lehnten immer noch einen schnellen und bedingungslosen Beitritt ab. Sie wollten als gleichberechtigte Partner auf das Wie der Einheit Einfluss nehmen. Nicht nur Ampel- und Sandmännchen sollten aus der DDR erhalten bleiben, sondern 68 Prozent sprachen sich für die Kernsubstanz aus – das Volkseigentum.

Eine bedeutungslose Entschuldigung, viele offene Bilanzen

Die Privatisierung im Osten wurde zum öffentlichen Milliardengrab, das bis heute den Haushalt belastet, während sich der private Reichtum oft steuerfrei verdoppelte – ein Billionengrab. Ludwig Ehrhard kannte die Spielregel seines Systems: «Nur Eigentum gewährleistet persönliche Sicherheit und geistige Unabhängigkeit.» Wo kein Haben ist, da ist auch kein Sagen.

Demokratie bedeutet Machtbeschränkung. Doch die Parlamente haben ihre Macht weitgehend an die Regierung abgegeben, die Regierung hat Macht an die EU-Kommission abgegeben, diese hat Macht an die Weltbank und die Welthandelsorganisation abgegeben. Und der Wähler soll seine Stimme abgeben und sich dabei fühlen wie Hans im Glück. Er guckt in die Luft und fragt sich, welche Wahl er eigentlich hat, wenn niemand die verborgen herrschende Macht beschränkt, die des Kapitals? Christian Führer, legendärer Pfarrer der Leipziger Nikolaikirche, wollte die von ihm begründeten Montagsdemonstrationen wiederbeleben: «Eigentlich steht der zweite Teil der Revolution noch aus. Die Marktwirtschaft ist im Grunde gewalttätig. Die Diktatur der Weltanschauung wurde durch die Diktatur des Kapitals abgelöst.»

Heute haben sich die Ostdeutschen solch subversive Töne abgewöhnt, auch durch ein weitgehend erfülltes Konsumversprechen. Die einstige linke Oppositionspartei zerlegt nicht mehr die Machtverhältnisse, sondern lieber sich selbst. Und überlässt den Protest den Rechten. Presseerzeugnisse wie die von Mathias Döpfner haben zu Verflachung und Entpolitisierung beigetragen. Bei einer vom Mainstream geformten Mehrheit wäre Basisdemokratie weitgehend ihres Sinnes beraubt. Da fällt es nicht schwer, sich bei den zahm gewordenen Ostlern zu entschuldigen und vorzugeben, ihre Lebensleistungen nunmehr würdigen zu wollen. Aber welche denn? Ihre Verdienste, Alternativen ausprobiert zu haben? Nach dieser Bilanz fragt heute niemand mehr. Aber sie ist nicht nur zwischen Ost und West weiterhin offen. •

Wenn das Schiff in die falsche Richtung fährt

Zum Bildungsbericht Schweiz 2023

von Dr. Eliane Perret, Psychologin und Heilpädagogin

Anfang März dieses Jahres wurde der *Bildungsbericht 2023* veröffentlicht, verfasst von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung SKBF.¹ Auf mehr als 400 Seiten und fast eineinhalb Kilogramm Papier werden deren Erkenntnisse zu über 500 Themen präsentiert, das Bildungssystem der Schweiz von der Primar- bis zur Hochschulstufe betreffend. Gegen 120 Personen haben an der Erstellung des Berichtes mitgewirkt. Im *Tagesgespräch* des Schweizer Radios kam Dr. Stefan Wolter zu Wort, Direktor der Koordinationsstelle, der nun zum vierten Mal den Bericht veröffentlicht hat.² Das Gespräch hatte wenig Tiefgang und umschiffte kritische Themen – wie man es sich mittlerweile von Plaudersendungen gewohnt ist. Der Bericht ist jedoch eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Bildungssystems Schweiz und muss entsprechend beachtet werden. Auch wenn die Verantwortlichen ihn lediglich als neutrale Berichterstattung über die Erreichung von Zielen bezeichnen, bestimmt er den Kurs bzw. die Strategie der Bildungspolitik von Kantonen und Bund.

«Ist der Dampfer auf Kurs?»

Vor zehn Jahren verglich Stefan Wolter, wie die Moderatorin feststellte, die Schweizer Bildung mit einem Dampfer, ein Dampfer, der träge sei und viel Energie brauche, wenn man die Richtung ändern wolle, und es brauche lange, um ihn zu bremsen. «Ist der Dampfer auf Kurs?» fragte sie nun, was Wolter erstaunlicherweise mit «Grundsätzlich sicher. Das Bildungswesen ist in einer recht guten Verfassung» beantwortete.

Ich stützte und dachte an all die Probleme, die aktuell thematisiert werden: der eklatante Mangel an ausgebildeten Lehrpersonen; die stets hohe Fluktuation von Lehrkräften; die nach wie vor mangelhaften Deutschkenntnisse der Kinder und Jugendlichen; der vielerseits kritisierte *Lehrplan 21*; das sinkende Niveau; die grosse Zahl bedauernswerter Schulabgänger, die ohne genügend Lese- und Schreibkenntnisse die obligatorische Schule verlassen; die wiederkehrende Frage der nicht wirklich glückenden Integration und Förderung von Kindern mit speziellen Bedürfnissen u. a.!

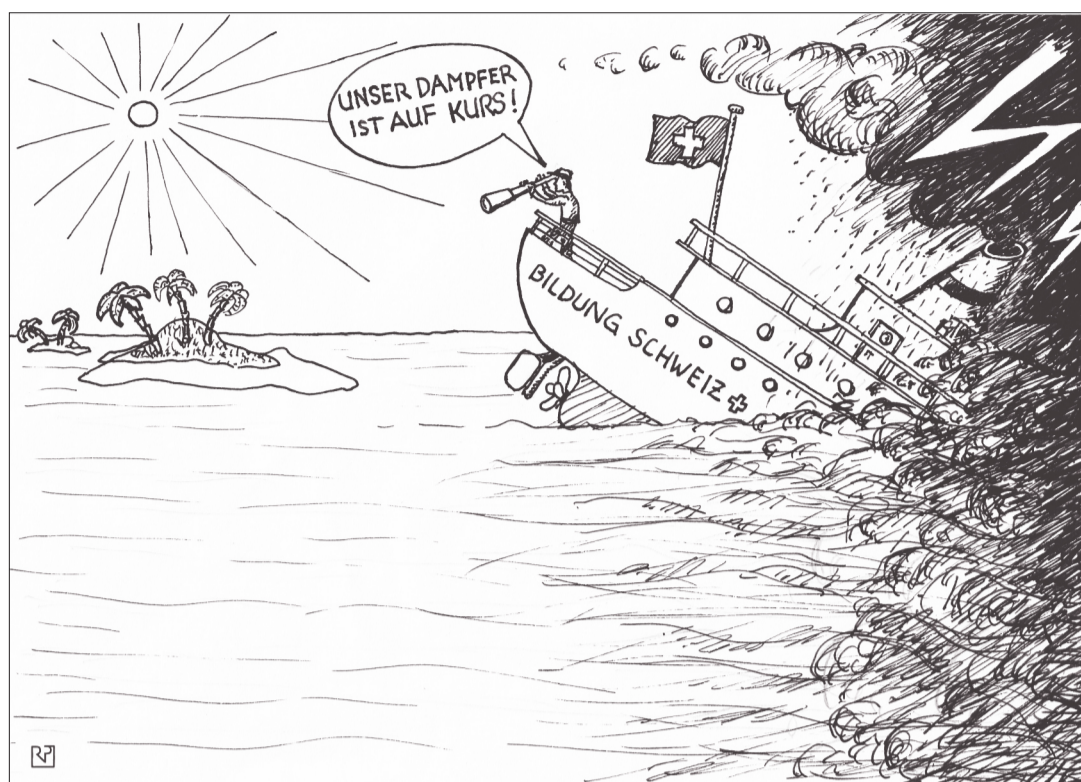
Fährt der Dampfer wohl weit entfernt von der Realität und allein auf einem Ozean der Wunschträume? Wenn der Kapitän eine falsche Karte vor sich hat und der Kompass nicht stimmt, dann wird das Schiff sein Ziel mit Bestimmtheit nicht erreichen und im schlimmsten Falle Schiffbruch erleiden. Deutliche Anzeichen weisen darauf hin.

Sturmwarnung wäre angesagt

Ausgangspunkt für die Berichterstattung sind stets Messungen und Studien, ausgehend von *Pisa* und dem damit verbundenen pädagogischen Narrativ. Und die verweisen auf Sturmwarnung und dringend angesagten Kurswechsel! Diese *Pisa*-Messungen hätten seit 2000 immer wieder ergeben, dass zwischen 15 und 20 % Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schule mit ungenügenden Kompetenzen verlassen, meinte Wolter. «Das ist eine Klippe, die wir noch nicht umschiffen haben.» Das heisst, fast ein Fünftel aller Schulabgänger sind nicht so auf ihre weiterführende Ausbildung vorbereitet (sei es eine Lehre, ein Gymnasium oder eine Fachmittelschule), dass sie diese dann auch abschliessen können. «Also, da sind wir auch noch nicht ganz auf Zielkurs. Das Ziel wäre seit 2005 festgelegt, auf 95 %. Wir oszillieren um 90–91 % herum.» Im Klartext haben diese jungen Menschen auch mit 25 Jahren noch keinen Abschluss, wie Wolter festhielt. Und nun? Sturmwarnung? Im Gegenteil!

Wenn der Dampfer nichts taugt?

Es fällt auf, dass in den letzten Jahren im Bildungsbereich kein Kurswechsel erfolgt, trotz Kritik und negativen Erfahrungen. Nur Zuckerguss! Diskussionen werden flach gehalten, mal da ein bisschen etwas geändert, dann wieder dort: der Mangel an Lehrkräften wird mit im Rekordtempo ausgebildeten Ersatzleuten behoben (die sich sicher redlich Mühe geben!), ebenso der Bedarf an schuli-



«Es fällt auf, dass in den letzten Jahren im Bildungsbereich kein Kurswechsel erfolgt, trotz Kritik und negativen Erfahrungen. Nur Zuckerguss! Diskussionen werden flach gehalten, mal da ein bisschen etwas geändert, dann wieder dort ...»

schen Heilpädagogen. Lernzielanpassungen sollen das Problem von Kindern lösen, die im Unterricht nicht mitkommen. Mangelnde Deutschkenntnisse verwischt man durch frühen Fremdsprachenunterricht, und Kopfhörer dämpfen die Unruhe im Klassenzimmer ab. Für Kinder und Jugendliche, die mit fehlender Anleitung, Wochenplan und selbstorganisiertem Lernen nicht zurechtkommen, springt eine boomende Nachhilfeindustrie in die Lücke. Aber nie wird gefragt: Ist der «Dampfer», auf den wir setzen, überhaupt bildungstauglich?

Die unfreundliche Übernahme der «Bildungsflotte»

Um eine Schiffsreise zu unternehmen, um bei diesem Bild zu bleiben, braucht es eine entsprechende Vorbereitung. Diese bestand bei den seit mindestens 30 Jahren laufenden Schulreformen darin, in einem ersten Schritt das gut auf Kurs fahrende Schweizer Schulschiff schlechztreden und ihm Altersschwäche zu unterschieben. Es sollte deshalb trotz aller Einwände zum Abwracken freigegeben werden, um den nächsten Schritt einzuleiten.

Pro memoria: Die Schweizer Schulen waren zuvor international für ihre sehr hohe Qualität bekannt. Sie waren eben nicht stehengeblieben, wie plötzlich fälschlicherweise behauptet wurde und wird, sondern sie hatten sich den Herausforderungen der Zeit gestellt und neue Erkenntnisse aus der pädagogischen, didaktischen und psychologischen Forschung in die Ausbildung der Lehrkräfte und die Schulpraxis integriert. Mit dem Bildungsauftrag unseres direktdemokratischen Landes übereinstimmend, war die Schere zwischen leistungsstarken und schwächeren Kindern klein. Die Schule vermittelte ihnen die notwendigen Kenntnisse, um sich später als Bürger an den politischen Debatten beteiligen zu können. Als «Schule

des Volkes» geschätzt, war sie im politischen System gut verankert.

Der unnötige Kurswechsel des «Schuldampfers» geschah auf Druck der USA, indem sie in den neunziger Jahren die *Unesco* aus deren Führungsaufgabe im Bildungsbereich drängten und durch die *OECD* (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) ersetzen. Was soll man dazu sagen? Na klar, es war eine «unfreundliche Übernahme» der «Bildungsflotte», CEO wurde nun der internationale Bildungs(industrielle) Komplex mit entsprechenden Verbindungen zur politischen und wirtschaftlichen Lobby! Die Indikatoren für die Qualität von Schulen wurden fortan von dieser Wirtschaftsorganisation festgelegt. Sie konzipierte dazu die *Pisa*-Tests.³ Die gestellten Aufgaben hatten keinerlei Zusammenhang mit Theorie und Kultur der europäischen Bildungstradition und den unterschiedlichen Lehrplänen der einzelnen Länder. Es war ein umfassender Paradigmenwechsel. Nun schielte man nach den angloamerikanischen Vorgaben. Es erstaunt heute noch, dass dieses Vorgehen von den *OECD*-Ländern abgesegnet wurde, auch der Schweiz – wohlgerne ohne Volksabstimmung. Daraus erwachsen seither die Fahrpläne und der Kurs der Reformen: neue outputorientierte Lehrpläne mit Kompetenzen statt Lernzielen – ohne Rücksicht auf nationale Gegebenheiten; Unterrichtsformen, welche auf Selbsttätigkeit abzielten, das «Humankapital» der Kinder und Jugendlichen transparent machen sollten und die Lehrpersonen zu deren Bediensteten oder Kohlen-schippem auf dem Schulschiff machten; Schulen mit Firmenstrukturen und einem Schulleiter als CEO und schliesslich regelmässige «Qualitätskontrollen» durch die *Pisa*-Tests, die wieder Anlass zu einem neuen Reformschub waren, stets orientiert am angloamerikanischen Bildungssystem. Das spiegelt sich im *Bildungsbericht 2023*: technokrati-

«*Pro memoria:* Die Schweizer Schulen waren zuvor international für ihre sehr hohe Qualität bekannt. Sie waren eben nicht stehengeblieben, wie plötzlich fälschlicherweise behauptet wurde und wird, sondern sie hatten sich den Herausforderungen der Zeit gestellt und neue Erkenntnisse aus der pädagogischen, didaktischen und psychologischen Forschung in die Ausbildung der Lehrkräfte und die Schulpraxis integriert. Mit dem Bildungsauftrag unseres direktdemokratischen Landes übereinstimmend, war die Schere zwischen leistungsstarken und schwächeren Kindern klein. Die Schule vermittelte ihnen die notwendigen Kenntnisse, um sich später als Bürger an den politischen Debatten beteiligen zu können.»

sches Vokabular, Statistiken und verschwurbelte Texte – kein ersichtliches Interesse, sich den Auftraggebern, nämlich den Steuerzahlern und natürlich der direkt betroffenen Bevölkerung, den Eltern von Kindern, Lehrpersonen, Lehrlingsausbildnern und ganz allgemein an Bildungsfragen Interessierten verständlich zu machen.

Es braucht einen neuen Bildungsdampfer

Warum? Der aktuelle ist von Grund auf eine Fehlkonstruktion. Das zeigt der *Bildungsbericht 2023*. Ein «Bildungsdampfer» braucht mehr als «evidenzbasierte Studien» mit ihren oft dürftigen Ergebnissen in Form von Diagrammen und Graphiken, erhoben durch Beobachten, Ankreuzen, Testen und Zählen. Sie sind zu Hunderten in der Literaturliste des Bildungsberichtes aufgeführt, jeweils dem gleichen Narrativ folgend: Kinder und Jugendliche werden gesehen als Teil des «Systems Bildungsdampfer». Funktionieren sie nicht wie erwünscht, so wird dem System ein Schubs gegeben, oder wie Stefan Wolter es formuliert: «Es braucht sehr viel Geduld, weil man sich vorstellen muss, dass, wenn man irgendwo im System eingreift, je nachdem, wo, und je nachdem, mit welchem Ziel, die Folgen zwischen 4–5 bis zu 15 Jahren auseinanderliegen können. Ich mache ein Beispiel: Wenn Sie zum Beispiel in der frühkindlichen Bildung einen Eingriff machen in der Hoffnung, dass diese Menschen später einen überobligatorischen Bildungsabschluss machen, dann müssen Sie praktisch 20 Jahre warten, um zu sehen, ob sich der Eingriff gelohnt hat.»⁴ Die Moderatorin fragte ihn weiter nach einer vor 20 oder vor 15 Jahren ergriffenen Massnahme, von der man heute sagen könne: Das ist gut gewesen, das hat etwas gebracht. «Sendepause!» Wolter wusste keine und redete sich einmal mehr mit den langen Zeithorizonten heraus. Man ist sprachlos!

Ohne Tunnelblick neue Perspektiven entwickeln

Die Bestandsaufnahme zeigt: Vieles ist in den letzten Jahrzehnten schiefgelaufen. Analysen über die Gründe gibt es viele.⁵ Nun braucht es Mut, ohne Tunnelblick hinzuschauen. Es lohnt sich! Viele ernsthafte Forscher haben sich in den letzten Jahren ehrlich und sorgfältig mit den anstehenden Fragen befasst und Antworten geliefert, einen unvoreingenommenen und eigenständigen Blick aufs Ganze einnehmend. Und darüber dürfen wir nicht weiter hinwegsehen: Jede Bildungsreform muss auf einem entwicklungspsychologischen Fundament basieren, dem die soziale Natur des Menschen zugrunde liegt.⁶ Das fehlt dem scheiternden «Bildungsdampfer», wie er im *Bildungsbericht 2023* beschrieben ist. Er geht von einem «technischen» Bild des Kindes aus, einem Bestandteil des Systems, bei dem Gemeinssinn und andere zwischenmenschliche «Kompetenzen» höchstens als Mittel zum Zweck gesehen werden.

Doch so wachsen keine Mitmenschen heran, die unsere Welt brauchen würde, heute mehr denn je! Und hier ist die Schule gefragt, ihren Teil dazu beizutragen als Bildungsinstitution, die allen das Recht auf Bildung zugesteht – echte Bildung. Darauf aufbauend würden sich für die heute anstehenden Probleme in Schulpraxis und Ausbildung ganz neue, zeitgemässe Perspektiven ergeben. •

¹ skbf. (2023) *Bildungsbericht Schweiz 2023*. Aarau: Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung.

² <https://swisscows.com/de/web/?query=Tagesgespr%C3%A4ch+Stefan+Wolter> (abgerufen am 5.5.2023). Die im folgenden zitierten Stellen aus dem *Tagesgespräch* sind von der Autorin aus dem in Dialekt geführten Gespräch in die Schriftsprache übersetzt worden.

³ vgl. Langer, R. (Hrsg.) «*Warum tun die das?*» *Governanceanalysen zum Steuerungshandeln in der Schulentwicklung*. Berlin, Heidelberg 2008, Springer

⁴ Stefan Wolter in *Tagesgespräch SRF 1* vom 5.5.2023

⁵ vgl. Bonfranchi, R./Perret, E. *Heilpädagogik im Dialog*. Oberhausen 2021, Athena-wbv

⁶ vgl. Kissling, B. *Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert? Eine kritische Auseinandersetzung*. Bern 2022, Hogrefe, S. 109–162